

Bezugspreis:

Wöchentlich 80 Goldmark pro Monat... Unter Kreuzband für Deutschland...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Zeit“ u. „Stellung und Kleingärten“...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierleistung... 0,70 Goldmark, Kleinaussagen... 0,20 Goldmark...

Anzeigen für die nächste Nummer... müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3... Fernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-295...

Mittwoch, den 23. Januar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3... Postfachkonto: Berlin 375 36...

Lenin gestorben.

Aus Moskau wird amtlich gemeldet:

Am 21. Januar um 6 Uhr 40 Minuten abends ist in Gorki im Gouvernement Mohilew Lenin verschieden...

Die Nachricht vom Tode Lenins kommt nicht überraschend. Schon seit etwa einem Jahre war der Führer des bolschewistischen Russland infolge eines Schlaganfalls arbeitsunfähig...

Seit ist Lenin endgültig aus dem politischen Leben Russlands verschwunden. Die ungeheure suggestiv Macht, die er, der große Tribun, auf die Volksmasse ausübte...

Es hat nicht nur psychologisches Interesse, den Lebenslauf Lenins und sein Verhältnis zur Revolution und zum Sozialismus zu verfolgen. Klarer als je zuvor zeigt das Ergebnis der Wirksamkeit Lenins den tiefen Gegensatz der Anschauungen...

Diese Frage läßt sich jetzt, wo die Entwicklungslinie Lenins und seiner Lehre ihren Abschluß gefunden hat, ziemlich genau beantworten. In dem Milieu der revolutionären Entwicklung Russlands in den letzten drei Jahrzehnten ist Lenin der markanteste Vertreter jener Art von Revolutionären gewesen...

Lenin gehörte zusammen mit Plechanow, Paul Axelrod, S. Martow u. a. zu jenem Führungskreis, der Ende der 90er Jahre und am Anfang des Jahrhunderts die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands schuf...

Diesem Standpunkt vertrat Lenin schon 1902 in seiner Programmschrift „Was tun?“, die damals in der Partei ungeheures Aufsehen erregte. Diesem Standpunkt ist er bis zuletzt treu geblieben...

In diesem Punkte schieden sich schon vor zwei Jahrzehnten die Geister innerhalb der russischen Sozialdemokratie. Als es im Jahre 1903 auf dem eigentlichen Gründungskongreß der Partei zur Entstehung der sogenannten „bolschewistischen“ und „menschenwristischen“ Fraktion kam...

Abwechselnd hat bald die eine, bald die andere Richtung an der Spitze der russischen Revolution und der Arbeiterbewegung gestanden. Verkörperte die menschenwristische Richtung das schöpferisch-ausbauende Prinzip...

Machtverhältnisse, auf ihre Fähigkeit zum demokratischen Aufbau stützte, so verkörperte andererseits die bolschewistische Richtung das rücksichtslose Draufgängertum einer der Massenkommandierenden Führerschaft...

Der chaotische Drang der von den Fronten zurückströmenden Bauernsoldaten war es, der Lenin im November 1917 die Macht in die Hand spielte. Von der ungestümen Welle der Soldaten-, Bauern- und Arbeiterbewegung in die Höhe getragen...

Amtsantritt der Arbeiterregierung.

London, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer am späten Nachmittag offiziell verkündeten Ministerliste sieht sich das neue Kabinett wie folgt zusammen:

- Ministerpräsident, erster Lord des Schatzes und Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten: Ramsay MacDonald.
Lordgeheimlegelsbewahrer und Führer des Unterhauses: Clynnes.
Lordvorsitzender des Geheimen Rates: Lord Parmoor.
Lordkanzler: Lord Haldane.
Schatzkanzler: Snowden.
Minister des Innern: Arthur Henderson.
Minister für die Kolonien: J. H. Thomas.
Minister für den Krieg: Stephen Walsh.
Staatssekretär für Indien: Sir Sydney Olivier.
Minister für das Luftwesen: General Thompson.
Erster Lord der Admiralität: Lord Cheimsford.
Handelsminister: Sydney Webb.
Gesundheitsminister: Wheatley.
Landwirtschaftsminister: Noel Buxton.
Staatssekretär für Schottland: William Adamson.
Unterrichtsminister: Trevelyan.
Arbeitsminister: Tom Shaw.
Postminister: Vernon Harcourt.
Kanzler für die Grassehaft Concavshire: Oberst Wedgwood.
Minister für öffentliche Arbeiten: Jowell.

Die Übernahme der Ämter durch die neuen Kabinettsmitglieder wird bereits am Mittwoch erfolgen.

Macdonald beim König.

London, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Erklärnisse haben sich heute sehr schnell und programmgemäß entwickelt. Um 11,30 Uhr vormittags hielt das Kabinett Baldwin seine letzte Sitzung ab und beschloß seinen Rücktritt...

zum König, der ihn mit der Regierungsbildung beauftragte. Macdonald nahm diesen Antrag an und leistete dem König den Treueid und verließ nahezu eine Stunde mit ihm im Gespräch...

Um 4,30 Uhr nachmittags begab sich Macdonald wieder zum König. Er leistete den vorchriftsmäßigen Loyaltätshandluf und legte ihm die Ministerliste zur Genehmigung vor...

Die Bedingungen der Liberalen.

London, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung der liberalen Fraktion wurde die Ansicht vertreten, daß die Arbeiterregierung ein volles Maß von Unterstützung durch die Liberalen zu gewärtigen hat...

Außerdem wurde von den Liberalen beschlossen, einen Ausschuf zur Prüfung der Frage der Wahlreform zu ernennen. In ununterbrochen politischen Kreisen glaubt man, daß dieses Problem der Umgestaltung des Wahlrechts in nächster Zeit eine besondere Rolle spielen wird...

Das Unterhand verlegt.

London, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Unterhaus hielt heute nachmittags eine kurze Sitzung ab, in der Baldwin und seine Mitarbeiter ein letztes Mal auf der Ministerbank saßen. Nach Erledigung kleiner laufender Angelegenheiten beantragte Baldwin, das Haus auf den 12. Februar zu vertagen...

die Sowjets ist die Selbstherrlichkeit eines Kreises von Sowjetbureauren getreten; statt der Sozialisierung der Landwirtschaft und der Industrie herrscht heute die „neue Wirtschaftspolitik“, in der sich die brutale Raubwirtschaft des Frühkapitalismus mit der Bureaurenwirtschaft des Staatskapitalismus paart.

Die wirkliche Funktion Lenins in der russischen Revolution läuft letzten Endes darauf hinaus, daß er, bewußt oder unbewußt, der Willensvollstrecker einer dem Proletariat wesensfremden Revolution gewesen ist, die er lediglich mit dem Mantel einer scheinbar marxistischen Ideologie umkleidete, um die Arbeiterklasse um so sicherer für die Unterstützung dieser Revolution zu gewinnen. Lenin war nichts weiter als der eiserne Besen der großen Bauernrevolution, der den Schutt des Feudalismus beseitigte und die Angriffe der junkerlichen Konterrevolution abzuwehren half. Diese Aufgabe hat Lenin mit einer Tatkraft und Kühnheit, die bewundernswert ist, erfüllt. Darin lag seine Größe und seine Stärke. Aber darüber hinaus hat er dem Sozialismus nicht nur keine neuen Wege gewiesen, er hat vielmehr durch seine diktatorischen Methoden die verheißungsvollen Ansätze der russischen Arbeiterbewegung zerstört und durch seinen haßerfüllten Kampf gegen die internationale Sozialdemokratie die Front der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in allen westlichen Ländern geschwächt.

In Rußland selbst unternahm er, verführt durch sein Machtstreben und seine lebensfremde Utopie, einen „Anlauf über seine Mittel hinaus“. Er scheiterte, wie die Menschewisten es schon zu Beginn der bolschewistischen Revolution vorausgesagt hatten, an der Unzulänglichkeit der ihm zur Verfügung stehenden Kräfte. Im entscheidenden Augenblick vermochte er nur noch sein „Auto“ zurückzuführen, und sich nach Proklamierung der „neuen Wirtschaftspolitik“ auf den Boden des Kapitalismus zurückzuziehen, der jetzt unter kommunistischer Flagge in Rußland seine Auferstehung feiert. Doch je mehr er dem Kapitalismus Konzessionen machen mußte, versuchte er die Front seiner Anhänger zu halten, indem er mit Hilfe der Dritten Internationale die von ihm angekündigte Weltrevolution in allen Ländern vorzubereiten suchte. Doch auch dieses Vorhaben scheiterte an seinen inneren Widersprüchen. So sehr die russische Politik Lenins in die Bahnen einer bürgerlich-kapitalistischen Staatspolitik zurückkehrte, verwandelte sich die verschwörerische Arbeit seiner Agenten in den anderen Ländern in eine Arbeit für die Ziele der russischen nationalen Politik, die mit den Zielen des internationalen Befreiungskampfes des Proletariats nichts mehr gemeinsam haben.

Auch hier offenbart sich die Schuld und die Tragik des Lebens eines Mannes, der sicherlich in ehrlicher Ueberzeugung und geleitet von uneigennütigen Erwägungen sein Leben dem Kampf für den Sozialismus gewidmet hatte, der aber, mißleitet durch falsche taktische Auffassungen, das Gegenteil von dem erzielte, was er selber gewollt hat.

Lenins Lebenslauf.

Wladimir Lenin-Uljanow wurde am 10. April 1870 in Simbirsk geboren, wo sein Vater den Posten eines Direktors der Volksschulen bekleidete. Einen starken Einfluß übte auf ihn sein älterer Bruder Alexander aus, der Ende der achtziger Jahre zu den talentvollsten Vertretern der Volkskämpfer-Bewegung gehörte und wegen Teilnahme an einer Verschwörung gegen Alexander III. hingerichtet wurde.

Im Jahre 1887 kam Lenin nach Abolitionierung des Gymnasiums als Student an die Universtät Kasan. Schon in demselben Jahre wurde er wegen Teilnahme an Studentenunruhen von der Universtät relegiert und nach Samara ausgewiesen. Mitte der neunziger Jahre siedelte er nach Petersburg über, wo er schnell an die Spitze der sich damals entwickelnden sozialdemokratischen Bewegung gelangte. Im Auftrag der Petersburger Organisation begab er sich nach der Schweiz, wo er mit den Genossen Axelrod, Wera Sassulowitsch und Plechanow in Verbindung trat, um gemeinsam mit ihnen ein sozialdemokratisches Organ herauszugeben. Bald nach seiner Rückkehr nach Rußland, im Dezember 1895, wurde er verhaftet und nach einjähriger Gefängnisstrafe für drei Jahre nach Sibirien verbannt. In der Verbannung widmete sich Lenin der wissenschaftlichen

Arbeit. In dieser Periode schrieb er neben einer Anzahl von Verhandlungen gegen die Agrarsozialisten sein großes Buch „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“.

Aus Sibirien zurückgeführt trat Lenin im Jahre 1900 in engere Verbindung mit Martow und Potresow, um die zerstreuten illegalen Gruppen der Sozialdemokratie in einer Partei zu vereinigen. Gemeinsam mit den in der Schweiz weilenden theoretischen Führern der Partei, Plechanow und Axelrod, schritten sie an die Gründung der Zeitung „Iskra“, die zuerst bei Diez in Stuttgart, dann in London, Genf und Wien herausgegeben wurde.

Die „Iskra“ spielte eine hervorragende Rolle bei der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und der geistigen Vorbereitung der Revolution von 1905. In der Partei jedoch vertiefte sich der Gegensatz der Fraktionen, die sich auf dem Parteitag 1905 gebildet hatten, immer mehr. Ende 1904 kam es zur offenen Spaltung. Lenin gab als Führer der bolschewistischen Fraktion sein eigenes Organ („Wpered“ und später „Proletarij“) heraus, das in bestiger Feindschaft mit der menschowistischen „Iskra“ lag.

Die Revolution von 1905 gab Lenin die Möglichkeit, nach Rußland zurückzukehren, wo er in Petersburg die Tätigkeit seiner Fraktion leitete. Ende 1907 mußte er Rußland wieder verlassen und erneut im Ausland sein Asyl aufsuchen. Die Kämpfe innerhalb der Partei wurden mit Erbitterung weitergeführt. Auch die Ansätze der legalen Arbeiterbewegung in Rußland wurden durch den ununterbrochenen Kampf der beiden Fraktionen vernichtet und unterhöhlt.

Erst die siegreiche Revolution vom März 1917 ermöglichte es Lenin, nach Petersburg zurückzukehren, wo er sofort den Kampf gegen die Provisorische Regierung und die Sozialdemokratie wieder aufnahm und offen den Ruf ausließ zu organisieren anfang. Nach dem mißglückten Aufstandsvorfall im Juli 1917 verschwand er eine Zeitlang von der Bildfläche, um nach dem siegreichen Aufstand am 7. November an die Spitze der bolschewistischen Regierung zu treten.

Im Jahre 1918 traf ihn die Kugel der Dora Kaplans. Lenin laborierte lange Zeit an den Folgen. Ob sein früherer Tod mit ihnen zusammenhängt, ist nicht festgestellt.

Der Eindruck in Moskau.

Ergänzend wird spät nachts folgendes ärztliche Bulletin veröffentlicht: Die am 22. Januar um 2 Uhr nachmittags vollzogene Obduktion stellte starke Veränderungen der Blutgefäße fest. Eine frische Blutung aus den Gefäßen der weichen Hirnrinde war die unmittelbare Ursache des Todes.

Heute, Dienstag, fand um 12 Uhr mittags die 20 Minuten dauernde Sitzung des allrussischen Kätetkongresses statt. Die von Kollin überbrachte Mitteilung über den Tod Lenins machte auf die Delegierten einen um so überwältigenderen Eindruck, als den meisten Delegierten die Tatsache noch nicht bekannt war. Der Kongreß erhob den 21. Januar zum Trauertag. In Moskau sind alle öffentlichen Veranstaltungen und Lustfahrten auf die Dauer von 6 Tagen abgesetzt.

In dem Regierungs-Kommuniké aus Anlaß des Todes Lenins heißt es: Nichts ließ den nahen tödlichen Ausgang ahnen. In letzten Zeiten hatte sich das Befinden Lenins wesentlich gebessert. Alles ließ auf weitere Besserung hoffen. Vollkommen unerwartet aber erfolgte gestern, den 21. Januar, eine scharfe Verschlimmerung, und wenige Stunden später hatte Lenin den Geist aufgegeben. Der in Moskau tagende allrussische Sowjetkongreß und der in den nächsten Tagen zu eröffnende Kongreß der Sowjetunion werden die notwendigen Entscheidungen treffen, um die weitere ununterbrochene Arbeit der Sowjetregierung zu sichern. Der schwerste Schlag, der die wertvolle Masse der Sowjetunion seit der Eroberung der Macht durch die russischen Arbeiter und Bauern traf, erschüttert tief jeden Arbeiter und Bauern nicht nur in unserer Republik, sondern auch in allen Ländern. Die breitesten Massen der Werktätigen der ganzen Welt werden ihren größten Führer beklagen. Er weilt nicht mehr unter uns, aber sein Werk bleibt unerschüttert. Die den Willen der wertvollen Masse zum Ausdruck bringende Sowjetregierung wird das Werk Lenins fortsetzen und auf dem von ihm gewiesenen Weg weiterstreiten. Die Sowjetmacht steht fest auf ihrem Posten, auf der Wacht der Eroberung der proletarischen Revolution.

Die Leiche, die aus Gorki nach Moskau gebracht wird, wird am Dienstag zur Beerdigung, die am Sonnabend stattfinden soll, im Gewerkschaftshaus aufgebahrt. Der Zutritt zur Bahre wird allgemein gestattet werden.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale veröffentlicht einen Aufruf an alle Sektionen der Kommunistischen Internationale.

Empfehlung der Goldnotenbank.

Das Sachverständigengutachten.

Paris, 22. Januar. (W.E.B.) Die Reparationskommission veröffentlicht folgende amtliche Mitteilung: Der von der Reparationskommission eingesetzte Sachverständigenausschuß, der sich mit der Stabilisierung der deutschen Währung und dem Ausgleich des deutschen Budgets beschäftigt, ist zu der Auffassung gekommen, daß es zweckmäßig wäre, eine Goldnotenbank zu errichten, indem man erstens einen Teil der Metallvorräte und der ausländischen Devisen flüssig mache, welche sich etwa im Besitz deutscher Staatsangehöriger befinden und zurzeit keine wirtschaftliche Verwendung finden, und zweitens ausländisches Kapital zur Unterstützung heranziehe. Der Ausschuß nimmt an, daß die Errichtung einer derartigen Notenbank einen Bestandteil des Gesamtplanes bilden wird, der den künftigen Ausgleich des Budgets und die Stabilisierung der Währung herbeiführen soll. In dieser Beziehung schließt dem Ausschuß, daß gewisse Teile des von Dr. Schaht entwickelten Planes mit Nutzen verwandt werden können, sobald der Zeitpunkt gekommen ist. Der Ausschuß hat die Auseinandersetzung der Gedanken Dr. Schahts begrüßt. Sie stellen ein Element der umfassenden Maßnahmen dar, die getroffen werden können. Der Vorliegende des Ausschusses hat bereits hervorgehoben, daß es für die Militärenten notwendig ist, sich über ein Einheitsprogramm zu verständigen. Der Ausschuß ist überzeugt, daß es zur Sicherung des Erfolges der Bank wünschenswert ist, daß Ausländer bei ihrer Leitung mitwirken. Angesichts der Dringlichkeit einer Entscheidung und ihrer Durchführung hat der Ausschuß Dr. Schaht davon unterrichtet, daß er am Mittwoch den 30. Januar, seinen endgültigen Plan in Berlin vorzutragen werde.

Dr. Schahts Auskunfts.

Paris, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Reichsbankpräsident Dr. Schaht hat am Dienstag eine zweistündige Besprechung mit dem Zweiten Sachverständigenausschuß gehabt, in deren Verlauf er, soweit dies in seiner Macht stand, die von den Sachverständigen gewünschten Auskünfte über die Höhe und die verschiedenen Modalitäten der Anlage des ins Ausland geschickten deutschen Kapitals gegeben hat. Nachmittags fand eine neue Aussprache mit den Mitgliedern des Ersten Ausschusses statt, die ausschließlich der Frage der Sanierung des deutschen Budgets gegolten hat. Dr. Schaht wird auf Wunsch der Sachverständigen noch einige Tage in Paris bleiben, um gegebenenfalls weitere Informationen liefern zu können.

Der Parteizwist in Sachsen.

Fraktionsmehrheit und Landtagsauflösung.

Dresden, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Landesinstanzen der sächsischen Sozialdemokratie befaßten sich in den letzten Tagen erneut mit der Haltung der Fraktionsmehrheit zu dem Ergebnis des jüngsten Parteitag. Bekanntlich lehnt die Fraktionsmehrheit es ab, das Kabinett Heldt zum Rücktritt zu zwingen und sich für Neuwahlen zu entscheiden. Im Verlauf der Beratungen der Landesinstanzen traten zwei Mitglieder für die Zurückverweisung der strittigen Fragen an die Bezirksorganisation ein. Dagegen erachtete die Mehrheit den Willen der Fraktionsmehrheit als völlig geklärt und vertrat die Auffassung, daß ein Beschluß des Parteitages durch Beschlüsse in den Bezirken nicht geändert werden könne.

Zunächst fand folgende Entschiedenheit Annahme: „Der Fraktion ist nochmals dringend als Beschluß der Landesinstanzen nahezu legen, den Antrag auf sofortige Landtagsauflösung zu unterstützen.“

Mit 22 gegen 4 Stimmen wurde ferner folgender Beschluß gefaßt:

„Tritt die Fraktionsmehrheit nicht auf diese Brücke der Verständigung, dann ist die Fraktionsminderheit verpflichtet, den Willen des Parteitages und die von ihm gewollte Politik im Landtag selbständig zu vertreten.“

Der Mann, der im Kreise herumliet.

Von R. v. d. Osten.

Heutzutage begegnet man wohl ständig absonderlichen Gestalten oder sieht etwas Außergewöhnliches vor sich gehen. So bemerkte ich gestern vor dem Brandenburger Tor einen Mann, der vor sich herumliet und immerfort im Kreise herumläuft. Und sich unvorsichtlich der Gefahr des Ueberfahrenwerdens aussetzt. Ich ergreife ihn am Arm und frage: „Sagen Sie mal, mein Herr, würde es nicht ratsamer sein, sich ein wenig aufs Trottoir zu begeben?“ Der wunderliche Mensch sieht mich recht verworren an und stöhnt: „Ja, wenn ich nur den Eingang wüßte.“ Da mich unnormale Leute von jeder weit mehr interessiert haben als gewöhnliche Menschen, schleppe ich meinen merkwürdigen Schlingling in die nächste kleine Konditorei, setze ihm eine Tasse Kaffee vor und versuche durch eine gute Zigarette sein Vertrauen zu erwecken. Nach dem ersten, erwidern den Schluß beginnt er auch wirklich aufzutauen und erzählt mir folgendes:

„Sie halten mich wohl für etwas verrückt? Ich mache wohl bereits schon einen Eindruck? — Aber nein, Sie irren sich — Ich bin nur Angestellter der ABC. In dem Zustand, in dem Sie mich sehen, befinden sich alle Angestellten unseres Betriebes — ohne Ausnahme, seitdem die neuen Verordnungen herausgekommen sind. Die ABC, wie nämlich auch stark abbauen, wie alle Industrie-Einrichtungen heutzutage es tun, und da hat sie die friflose Entlassung bei Vergehen gegen die neuen Regeln eingeführt. Um nun so viel als möglich Angestellte los zu werden, sind möglichst viele Verordnungen eingeführt worden. Den ersten Tag seit Erscheinen dieser Verordnungen haben wir die Arbeit sofort einstellen müssen, um nur die Regeln alle durchlesen zu können, und zweiten, um uns in der Befolgung zu üben. Am dritten Tag brachten wir alles durch einander, und heute irre ich schon seit drei Stunden in der Nähe des Hauptgebäudes der ABC, umher, weil ich es nicht mehr weiß, zu welcher Tagesstunde ich welchen Eingang benutzen darf. Einmal dürfen wir nur durch den 2. Eingang des vorderen Hintergebäudes gehen und ein anderes Mal nur durch den 4. Ausgang des 3. Seitenhauses herauskommen. Dann wieder ist nur die linke Drehtür am rechten Flügel beim Eingang und die rechte Schiebewand an der linken Drehtür zu benutzen. Um die Mittagszeit sind nur unterirdische Gänge zu betreten, das Hauptportal muß auf 1 Kilometer im Umkreis vom gewöhnlichen Personal gemieden werden. Um 8 Uhr hat jeder Angestellte auf seinem Platz zu sein und sich bis zur Mittagspause nicht mehr von ihm zu entfernen.“

Wenn einem per Telephon der Tod der eigenen Mutter mitgeteilt wird oder der Brand der eigenen Wohnung, hat man den Herr ohne ein Wort der Erwiderung sofort anzuhängen und seine Arbeit bis 5 Uhr fortzusetzen. — Die eigene Erkrankung ist mindestens einen Monat vor dem Ausbruch dem Sekretariat zu melden und ihre Dauer anzugeben. Die Toilette ist unabänderlich nur

einmal täglich zu benutzen bei einer Dauer von 3 Sekunden, wobei das Ziehen an der Reize miteingerechnet ist. — Niesen ist dreimal täglich erlaubt, Hustenanfälle sind ausdrücklich verboten. — Vor jedem Kollegen ist man verpflichtet stumm zu stehen, vor dem Vorgesetzten zu zittern, vor der Direktion zu vergehen. — Doch hierbei Verwechslungen vorkommen konnten, ist doch möglich. So habe ich einmal gehustet, statt mich zu schmeißen, bin vor meinem Chef gestöhlet, statt vor meinem Kollegen, habe einen der Direktoren in wahnwüthiger Hast und Eile am Kermel gezogen, statt an der Reize, und wußte an einem anderen Orte vor Verzweiflung nicht, was zu tun, da doch der Gebrauch von ABC-Papier für Privatzwede verboten ist. — Ich weiß auch nicht, welche Krankheit ich für Februar anmelden soll, wenn ich mir heute im Januar bei Stettels den Fuß breche, und bin so traurig, nie vor Winternacht bei mir zu Hause anzulangen, da ich aus lauter Angst, zu früh von der Arbeit abzubrechen, das Bureau nicht vor 11 Uhr abends verlasse, was aber auch wieder verboten ist. Jedenfalls, was man auch tut oder unterläßt, immer schäftert und grinst aus allen Ecken: „Frifflisslosos entlassfennnnnn!!!!!!“

Ich hatte mich nun genügend überzeugt, daß ich es wirklich mit keinem Berrückten zu tun hatte, sondern nur mit einem ABC-Angestellten, der von internen Ereignissen seines Betriebes stark mitgenommen war. Da aber doch einem Menschen noch weniger zu helfen ist als einem Bestesranken, ließ ich ihn seines Weges ziehen und verfolgte ihn noch schühend bis zur nächsten Ecke, da er mir vom Genuß des Kaffees etwas benommen schien. Leider konnte ich ihn nicht davor bewahren, beim Durchqueren der Straße hinzusinken und vom nächsten daherlaufenden, übrigens sehr schön ausgestatteten Auto überfahren zu werden, und vernahm nur noch, wie der elegante Chauffeur der zerquetschten Masse zuhrüllte: „Kennen Sie denn immer noch nicht § 1777777777 der neuen Verordnung? — Beim Ueberfahrenwerden von einem Direktionsauto der ABC — frifflöse Entlassung!!!!“

Der fliegende Mensch.

Aus Gersfeld wird geschrieben: Oben auf der hohen Rhön, dort, wo das alte Kurheßen nach Bayern verläßt, ist der Winter ein trögiger Gefelle. Alle Berge und ihre tiefen Täler liegen im Schnee. Und dennoch — im einseitigen Fliegerlager, das nahe einer kleinen Stadt liegt, auf der Höhe der Wassertruppe, ist es lebendig. Einige Segelflieger sind dogeblichen und sehr ihre Versuche fort. So geht es dieser Tage, Wärmeunterschiede zu studieren, um sie dem Segelflug dienlich zu machen, als es auf der Wassertruppe vom Tauwetter nur so tropfte, während Gersfeld tief unten 8 bis 10 Grad Ralte hatte!

Auch Martens-Hannover, der populärste der Segelflieger, gibt selbst in dieser Zeit Gastrollen. Im Kreise Rastler Flieger äußerte er sich bei einer solchen Gelegenheit sehr bemerkenswert über die Ausichten des Segelfliegens. Nach den großen Segelflügen vom Sommer 1922, sagte er, unter dem Beifalle der gesamten Welt: „Der Mensch fliegt wie der Vogel!“ Alle Augen richteten sich nach

der Wassertruppe und erwarteten dort das Heil. Man glaubte, in acht bis zehn Wochen würde jeder von Ort zu Ort, von Stadt zu Stadt fliegen können.

Immer wieder, sagte Martens, hörte man die Frage: Warum fliegt ihr nicht mal nach Berlin? Alles mündete sich, daß in diesem Jahre ein solches Ereignis nicht eingetreten ist. Noch außen hin scheinen allerdings die Erfolge des Sommers 1923 gegenüber denen von 1922 nicht groß. Viele Piloten, die im letzten Jahre drei Stunden fliegen, sind in diesem Sommer nicht länger als eine Stunde in der Luft gewesen. Bei günstigerem Wetter hätte zwar mehr gezeigt werden können, aber... das ist nicht der Zweck gewesen! Das Problem des statischen Segelfluges ist als gelöst zu betrachten und so konnte es sich nur darum handeln, die Maschinentypen von 1922 weiter zu verbessern und zu vervollkommen. Das ist getan worden. Jetzt geht die Versuche, dem dynamischen Segelflug näher zu kommen. Auch sind die Kraftentwürfe zu groß. Es fehlt auch an einem leichten Antriebsmotor. Die Engländer sind in dieser Beziehung voraus. Hier hat die Industrie eine dankbare Aufgabe. Hauptbedingung für das dynamische Flugzeug ist, daß es möglichst kleine Maße hat, um sich den Windverhältnissen besser anzupassen. Martens selbst ist kürzlich erst mit seinem Hilfsmotorflugzeug von 5 PS-Motor effektiv geflogen, d. h. er konnte nur 2 1/2 PS ausnützen und dabei flog er bereits in der Minute 30 Meter.

Die nächste Zukunft gehört dem Kleinmotorflugzeug, dem Rotortrad der Luft. In wenigen Jahren wird man, wie Martens sagte, diese kleine Maschine schon zu Hunderten herumfliegen sehen und niemand wird etwas Besonderes dabei denken. Die Preise werden kaum höher sein als die für ein gutes Straßenmotorrad. Allerdings wird man sich für den Anfang mit einer Stundenleistung von 80 bis 90 Kilometern begnügen müssen!

Erforderlich ist, daß überall, wo Berge sind, nach geeigneten Gelände gesucht wird. Es handelt sich darum, möglichst viel Segelfluggelände zu gewinnen. Der Rhön wird dadurch der Charakter, Olympia der deutschen Flieger zu sein, nicht genommen. Wohl das beste Gelände hat Kassel in seinem Dörnberg, wo zu Beginn dieses Frühjahres Segelflüge stattfinden.

Spuk an der flandrischen Küste.

Vor saubere Jahrhunderten haben sich die Spanier, schon jesuitisch verborben und durch Blutzurichte und Schelterbauern nicht gerade in ihren wilden Nerven beruhigt nach Flandern auf Eroberungszügen begeben. Sie mächten sich in die vämische Politik und ebenso emig unter die vämischen Mädchen, woraus denn ein sehr seltsamer Menschenschlag entstand. An der Küste, die einstmal deutsche Kanonen im Kriegswahnsinn zerstörten, lebten Menschen, sehr kräftig, sehr seetüchtig, sanftmütig stäubend an die Jungfrau Maria und so sehr auf Braut und Inbrunst verfallen, daß ihr Dasein allen Künstlern, den Malern und Dichtern besonders, ein höchstfreudlicher Stoff wurde.

Auch dem jungen Krüßler Ferdinand Crommelgout. Sein Schauspiel „Die flandrischen Verliebten“, erstmalig gespielt im Renaissance-Theater, zeigt diese Menschen von der flandrischen Küste, die Einheimischen und die Fremden, die sich dort hingelüftet haben, um sich auszuruhen oder zu verleben in ihrer

Ludendorff-Prozess: 18. Februar.

Zu Landsberg? — München nicht sicher genug?

München, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Beginn des Prozesses gegen Hitler und die übrigen führenden Putschisten des 8. November ist auf den 18. Februar festgesetzt.

München, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der Gerichtsvorsitzende im Hitler-Ludendorff-Prozess, der Oberlandesgerichtsrat Reibhardt, sich in der vorigen Woche in der ehemaligen Festung Landsberg, in der die Putschisten seit ihrer Verhaftung untergebracht sind, nach geeigneten Räumen für die Verhandlung umgesehen hat, haben nunmehr die zuständigen Stellen im Einvernehmen mit den Ministern des Innern und der Justiz den Beschluß gefaßt, den Prozeß in Landsberg durchzuführen. Die Bedenken wegen der verhandlungstechnischen Schwierigkeiten mußten zurücktreten vor den politischen Erwägungen, die nahelegten, daß man der eben jetzt in München wiederauflebenden Hitler-Bewegung nicht auch noch von Staatswegen einen herart mächtigen Impuls verschaffen darf, wie es der Prozeß in den Mauern Münchens zweifellos sein würde. Auch die Sicherung der Angeklagten und des Gerichts scheint unter Zuhilfenahme besonderer Maßnahmen in der Festung Landsberg doch erheblich besser garantiert zu sein als in München, wo sich eine Kontrolle und Überwachung der sich zweifellos anhäufenden Hitlerischen Sturmabteilungen viel schwerer durchführen läßt als in dem rund 6000 Einwohner zählenden Landsberg. Landsberg liegt etwa 60 Kilometer westlich von München, etwas nördlich von der Bahnlinie nach Lindau. Direkte Bahnverbindung besitzt es nur mit dem etwa 40 Kilometer entfernten Augsburg, doch ist wahrscheinlich, daß für die Zeit des Prozesses zwischen München und Landsberg eine eigene direkte Verbindung hergestellt wird, um den aus beruflichen Gründen an der Verhandlung Beteiligten die Arbeitsmöglichkeiten zu erleichtern.

Ludendorff im Spiegel seiner Freunde.

München, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Propaganda für Ludendorff, die einen neuen Aufschwung zu nehmen scheint, spielt eine soeben unter dem Titel „Ludendorff in Bayern“ erschienene Broschüre eine besondere Rolle. Ihr Verfasser bleibt anonym, doch ergeben sich aus dem Inhalt genügend Anhaltspunkte dafür, daß es sich um eine Persönlichkeit aus der unmittelbaren Umgebung Ludendorffs handelt. Von besonderem Reiz sind folgende Sätze, die sowohl den Menschen als den Politiker Ludendorff charakterisieren: „Nicht als ob ihm dieses Land am Herzen läge. Er sah seinen Bergen und seinen Seen, Forsten und Ämtern gegenüber steht und mit überlegener Distanz, und die deutlich fühlbare katholische Atmosphäre war ihm mehr als bestreulich. Doch offen gestanden, er haßte dieses Land fast wie jenes Schweden, das ihn auch süchtig, klein, verlassen und elend gesehen hatte. Das vergaß er beiden Ländern nie... Laßt die Speicher und Bierphylister bei ihren harmlosen Krieger- und Regimentsfesten die Fahnen schwenken und beim schäumenden Maßkrug die Nacht am Rhein singen. Laßt sie beständig eröten, wenn ein Wittelsbacher Prinz ihnen auf die Schultern klopft. Zum Ausmaß mit allen Wittelsbacher Prinzen, solange noch ein Hohenzoller in Doorn oder in Weierlingen verkommen muß. Laßt diese Leute bei ihren staatslich genehmigten militärischen Spielen sich wichtig machen. Er (also Ludendorff) braucht anderes Holz. Er braucht die Jungen, die Revolutionären, die Rebellen mit hungrigem Herzen, er braucht die Rationalisten.“

Der berbe Fußtritt, den Bayern hier erhält, ist vielleicht nicht ungeeignet, die politische Ernüchterung in Bayern weiter zu fördern. Im übrigen sind sich beide, Ludendorff und die weiß-blauen Rationalisten, einander durchaus ebenbürtig, weil jede den anderen für seine egoistischen Zwecke zu mißbrauchen hoffte.

Der Reichsrat befaßte sich am Dienstag mit der von der Regierung ausgearbeiteten Abänderungsverordnung zum Personalabbau. Er beschloß die Beratung der neuen Verordnung bis zum 1. Februar zu vertagen, um den Vätern Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Schicksalsverwirrung. Nicht der Klisché von Ostende und den anderen internationalen Karawanenreisen ist auf der Bühne sichtbar, sondern ein geborener Spul.

Die Wände, die in den Fremdenhäusern dienen, bis aufs Blut gepeinigt werden und sich auch zu den ausgemergelten Baronien ins Welt legen, um Erbchaft zu erheischen. Das sinnlos, mystische, früh überreife Jugendgequäl, das nicht mit seiner Verleibtheit fertig wird und ins Wasser geht. Dazu die Reifenden aus der Fremde, kuriose Paare, seltsamer Alchymie des Geschickes, eine Bette, die einstmals eine bildschöne Prinzessin war und die durch Säminke erschren will, was ihr die Jahrzehnte schon geraubt haben. Alles das freilich, gepulst, wimmert, kauft und poltert über die Bühne. In dem Gespräch ist kein Kern, aber die einzelnen Szenen sind kernig und sehr stark geföhrt. Der Dramatiker Crommweint, ein beträchtlicher Dichter, aus dem Schloß der Bodenbachs, die im Standischen sehr geheimnisvolle Welt entlocken, gerät mit tausend Sinnen, die ganz neu sind, in diese Geheimnisse. Allerdings gelingt es ihm nicht, Sinn und Ordnung in all die Vision hineinzubringen. Jedes Stücklein ist in dem Stücke abgefordert, und wer nicht mit dieser ganzen plätschernden Erde und ihren Bewohnern Bescheid weiß, der findet sich nimmer zurecht.

Er wird dazu noch Irrgeführt von dem Regisseur, der gar nicht ahnt, welchen Entwurf er eigentlich vor sich hat. Es lohnt sich gar nicht über den vollkommenen Mißerfolg dieses Regisseurs zu reden. Da werden nun die Schauspielerei zusammengehoben, lauter junge, strebame Leute, die weiterkommen möchten, die aber tief in ihrer natürlichen Bezeichnung drinstecken und die schamlos darauf warten, daß ihnen der Führer die Hand energisch in den Nacken legt. Nun, nichts dergleichen geschah. Alles ging lurchend vor. Man mußte die Fäden der Schauspielerei wiederholen, um jeden der begangenen Fehler einzureihen. Nichts von dem!

Die Pension der Madame Curie. Bei dem Jubiläum des 25. Jahrestages der Entdeckung des Radiums, die durch eine Festsetzung der Pariser Sorbonne feierlich begangen wurde, erhielt die Entdeckerin des Radiums, Madame Curie, ein Jahresgehalt von 40 000 Franc ausgesetzt. Die berühmte Forscherin, die mit ihrem 1906 durch einen Straßenernfall getöteten Mann die großartige Entdeckung machte, hat ihr ganzes Leben und all ihre Arbeit der Radiumforschung gewidmet und ist ganz mittellos. Sie hat auch erfüllt, den größten Teil der Pension weiter für ihre wissenschaftlichen Arbeiten zu verwenden.

Hilferich Meyer — Kunstpunkte — Ist auf Veranlassung des Verlaages Hoffmann u. Campe Mittwoch 10 Uhr vor akademischen Publikum in den Räumen des Photo-Ateliers Dierckh-Strasse, Unter den Linden 11, seine denkwürdige Überlieferung des Malerlatenteinigen Schmelzgebildes „Aria“ vor. Im Casino-Museum wird zu Bellings Geburtstags am Donnerstag, nach 5 Uhr, Martin Wiersch „A d e l i d a e r“, dramatische Bilder aus Bellings Leben, gelesen von Frau Wierst, Wit Burg, Zimmermann, Feiler, Krant und Detm. Müller. — Abends 8 Uhr spricht G. A. Kruse über „Bellings in Willenberg“, Bellingsche Studentenlieder singt Eigmund Schmeide.

Der 60. Geburtstag des schlesischen Dichters Hermann Stehr wurde Sonntag abend im Konfession der Stadttheater in Odriss feierlich begangen. Karl Walter Goldschmidt aus Berlin feierte Stehr als Dichter und als Mensch. Eine Rede von Stehr wurde vorgelesen. Oberbürgermeister Sney begrüßte und beglückwünschte den Dichter, der persönlich dankte.

Thüringer Dokumente.

Die Geschichte eines Zeitungsverbot.

I. Der Militärbefehlshaber in Thüringen. H.-O. Weimar, den 14. 1. 1924. Ic 3 Nr. 748.

An die Schriftleitung des „Volksblattes“ Saalfeld (Saale), Rossmaringasse 7.

Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. 9. 23 verbiete ich das Erscheinen und den Vertrieb des Volksblatt (Saalfelder Volksblatt) auf die Dauer von 8 Tagen und zwar am 16., 17., 18., 19., 21., 22., 23. und 24. Januar 1924. Dieses Verbot umfaßt alle etwa unter geändertem Titel erscheinenden Zeitungs-, Nachrichten- und Flugblätter. Mit der Durchführung des Verbotes werden beauftragt: Der Standortälteste Saalfeld im Zusammenwirken mit dem Postinspektoren in Saalfeld.

Begründung: In der Nr. 11 obigen Organs vom Sonntag, den 13. Januar 1924, sind in dem Artikel: „Die Reichswehr in Thüringen“ (ein offener Brief an den Reichswehrminister Dr. Gessler) teils unwahre, teils bis zur Unwahrheit entstellte Beschuldigungen der Reichswehr enthalten, welche geeignet sind, das Ansehen der Reichswehr erheblich zu schädigen.

Der Militärbefehlshaber in Thüringen. Haffe, Generalleutnant u. Kommandeur der 3. Kavallerie-Div.

II. Bureau des Reichspräsidenten. Berlin, 15. Januar 1924. Raho 16.24.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Herr Reichspräsident läßt Ihnen mitteilen, daß er von Ihrem ihm übersandten offenen Brief an den Reichswehrminister Kenntnis genommen und den Herrn Reichswehrminister um eine beschleunigte Untersuchung und Klärung über die in diesem Briefe enthaltenen Beschuldigungen ersucht hat. In vorzüglicher Hochachtung Reichner, Staatssekretär.

III. Der Militärbefehlshaber in Thüringen. H.-O. Weimar, den 15. 1. 1924. Ic 2, Nr. 819.

An den Reichstagsabgeordneten Herrn Hofmann Saalfeld (Saale). Auf das Telegramm vom 14. 1. 24 sind die erforderlichen Erhebungen angeordnet. Ueber das Ergebnis wird Mitteilung erfolgen.

Der Militärbefehlshaber: Haffe, Generalleutnant und Kommandeur der 3. Kav.-Div.

IV. Der Militärbefehlshaber in Thüringen. H.-O. Weimar, den 17. 1924. Ic 2 Nr. 819.

An den Reichstagsabgeordneten Herrn Hofmann Saalfeld (Saale). Im Anschluß an das Schreiben Ic 2 vom 15. 1. 24 wird ergeben mitgeteilt, daß inzwischen festgestellt ist, daß der Ketter Langefeld bedauerlicherweise in der Nacht vom 10. zum 11. 1. mehrere Gefangene mißhandelt hat.

Helferich-Politik der Rentenbank.

Einmischung in die Außenpolitik des Reiches.

Durch WTB. wird mitgeteilt: Der Präsident, der Vorstand und einige Mitglieder des Verwaltungsrates der Deutschen Rentenbank haben heute bei dem Reichsfinanzminister und dem Reichsaussenminister ihre schwersten Bedenken dagegen erhoben, daß die Befugnisse der Rentenbank für das besagte Gebiet wästerhin gezahlt werden. Die jetzt eingetretene Stabilisierung unserer Währung werde nach ihrer Auffassung nicht aufrechterhalten werden können, wenn diese Zahlungen fortgesetzt würden. Die Stabilisierung sei nur dann gewährleistet, wenn die Ausgaben des Reiches sich mit den Einnahmen in Einklang befänden und der Reichshaushaltplan im Gleichgewicht bleibe. Nach den ihnen bei den Kreditanträgen zugegangenen Aufforderungen des Reichsfinanzministers sei die Herbeiführung des Gleichgewichts für das Jahr 1924 nur dadurch ermöglicht worden, daß die Ausgaben auf das kaum Erträglichste beschränkt und die Einnahmen in einer Höhe angenommen seien, daß man eben noch mit ihrem Eingang rechnen könnte. Würde dieses Gleichgewicht durch so hohe Ausgaben, wie sie die Befugnisse der Rentenbank darstellen, überschritten, dann seien große Fehlbeträge unermidlich. Aus Anleihen oder anderen Mitteln könnten diese Fehlbeträge zurzeit nicht gedeckt werden. Es würde daher nur die Neuanschaffung von ungedeckten Zahlungsmitteln übrig bleiben, welche eine neue Inflation im Gefolge haben würde. Die Rentenbank halte sich im Interesse der Wahrung der Stabilität der Währung für verpflichtet, gegen die Weiterzahlung der Befugnisse ihre warnende Stimme zu erheben.

Den Vertretern der Rentenbank wurde zugesagt, daß die Angelegenheit weiter verfolgt und dem Kabinett unterbreitet werden würde.

Die Leitung der Rentenbank hat schon verschiedentlich sich ihr nicht zustehende Kontrollrechte über die Reichsregierung angemahnt. Ihr neuerlicher Schritt übertrifft aber alles bisher von ihr in dieser Richtung Unternommene. In dem Augenblick, da der Reichsbankpräsident in Paris mit dem Sachverständigen verhandelt, geht, da endlich eine sachliche Aussprache über unsere Leistungsfähigkeit möglich werden soll, glaubt eine starke Interessentengruppe — etwas anderes ist die Leitung der Rentenbank ja nicht — der Reichsregierung in die auswärtige Politik hineinreden zu dürfen.

Wir verlangen von der Reichsregierung, daß sie raschstens die Schaffung der Deutschen Goldnotenbank durchführt, damit jenen Rentenmarktvollkürnern zugleich mit der Erfeldigung ihrer im Ausland ungenügenden Zwischenwährung die Möglichkeit genommen wird, Helferichs Katastrophenpolitik zu treiben.

Die Verschwörung gegen Seekt.

Justizrat Claß vernommen.

Justizrat Claß, der Führer des „Adeutschen Verbandes“, ist, wie wir erlähren, in Zusammenhang mit der Untersuchung des Attentatsplanes gegen General v. Seekt vom zuständigen Untersuchungsrichter des Berliner Landgerichts I. vernommen worden. Ob Claß mit dem Attentatsplan in Verbindung zu bringen ist, steht noch nicht fest. Ein Haftbefehl liegt zur Stunde jedenfalls noch nicht vor.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist zum 30. Januar, vormittags 10 Uhr, einberufen worden.

Die sofortige Rücküberziehung Langefelds zu seinem Regiment in Hannover ist angeordnet. Ihm ist fristlos gekündigt.

Das Reiterregiment 13 Hannover hat Befehl, Langefeld vorläufig festzunehmen, bis der Staatsanwalt in Hannover, an den die Angelegenheit abgegeben ist, über ihn verfügt hat. Es wird gebeten, etwaige weitere Beschwerden über L. an die Staatsanwaltschaft Hannover unmittelbar zu richten.

Der Militärbefehlshaber: Haffe, Generalleutnant und Kommandeur der 3. Kav.-Div.

V. Der Militärbefehlshaber in Thüringen. H.-O. Weimar, den 19. Jan. 1924. Ic 3 (Presse) Nr. 1049.

Das Erscheinen und der Vertrieb des „Saalfelder Volksblattes“ wird vom Montag, den 21. Januar ab wieder genehmigt. gez. Haffe, Generalleutnant.

Für die Richtigkeit: Brohnstein, Major.

Politisch neutraler Gessler-Generalk

Oder völkischer Agitator in Reichswehruniform?

Der Militärbefehlshaber in Thüringen, General Haffe, stellt, wie uns aus Weimar gemeldet wird, am 18. Januar zur Reichsgründungsfeier im Anschluß an eine Parade der Reichswehr in Weimar eine Ansprache. Er sagte dort: „Für jeden wahren Deutschen muß der 18. Januar der höchste nationale Festtag sein, der Tag, an dem im Schloß von Versailles die deutschen Einzelstaaten sich aus ihrer Zerissenheit zusammengeschlossen zur Einheit, zum Deutschen Reich, der Gedanktag des wertvollsten Beschlusses, den wir herübergerettet haben aus der stolzen Zeit unserer deutschen Geschichte in das Elend der Gegenwart. Zweimal sind unsere Väter nach Versailles gegangen, einmal Männer unserer Zeit. Unsere Väter schiedeten dort das einzige Deutsche Reich. Die Männer von heute gaben ihre Unterschrift unter den Schandfrieden. Wenn das Schicksal des deutschen Volkes noch einmal nach Versailles führen sollte, dann darf es dort nicht so stehen wie das letztmal, sondern nur so, wie unsere Väter und Vordäter dort standen. An uns aber, den Erben der Tradition des besten Herzens der Welt, ist es, dafür zu sorgen, daß das einzige Deutsche Reich den Schandfrieden überdauert.“

Die Richtigkeit unseres Berichtes vorausgesetzt, wird man das Verhalten des Generals Haffe als eine dreiste Ungehörigkeit bezeichnen müssen, die rasche disziplinarische Abhandlung fordert. Uns mit diesem General über historische und politische Probleme auseinanderzusetzen, haben wir keinen Anlaß; dazu scheint er von diesen Dingen viel zu wenig zu verstehen. Aber gerade als Militär mußte Herr Haffe wissen, daß es die Fehler der Obersten Heeresleitung waren, die die Unterzeichnung des Friedens von Versailles durch deutsche Politiker erzwangen. Wenn er das nicht weiß und nicht versteht, soll er den Mund halten. Denn die völkische Freiheitspartei ist nicht zu dem Zweck verboten, daß Reichswehrgenerale die Soldaten in völkischem Sinn aufheben.

Lehrerinnen und Beamtenabbau.

Wie gemeldet wird, ist Art. 14 der Personalabbau-Verordnung des Reiches, der die Anzahl der verheirateten Lehrerinnen unter gewissen Voraussetzungen beschränkt, für die im preussischen öffentlichen Schuldienst tätigen Lehrerinnen nicht unmittelbar anwendbar. Für die Landesgesetzgebung ist damit nur ein maßgebender Grundlag reichsrechtlich aufgestellt worden, der zu keiner unmittelbaren Anwendung auf die Beamten der Länder und Gemeinden vorerst der Ausführung durch die Landesgesetzgebung bedarf. Solange die Preussische Personalabbau-Verordnung nicht erlassen ist, darf also verheirateten Lehrerinnen auf Grund der oben erwähnten Reichsabbau-Verordnung nicht gekündigt und daraufhin von Schulunterhaltungsorganen ausgesprochenen Kündigungen die Genehmigung nicht erteilt werden.

Zusammentritt des Landtags.

Der Landtag trat gestern wieder zusammen. Seit der Vertagung sind verstorben die Abgg. Abgeordnete a. D. Böhlmann (Ddp.) am 25. Dezember, Hermann Thomas-Altona (Sog.) am 16. Januar. Das Haus ehrt ihr Andenken in der herkömmlichen Weise für den verstorbenen Abg. Dr. v. Krause (Ddp.) ist Kreisrat Reineke (Ddp.) für Frau Böhlmann Generalsekretär Becher-Botsdam (Ddp.) in das Haus eingetreten. Der Abg. Friedrichlicher Wackenhun-Ost-Hannover (Dem.) hat wegen Krankheit das Mandat niedergelegt. Der Vertrag betr. die Regulierung der Finanzierung der Universität Frankfurt wird nach einer Debatte gegen den größten Teil der Deutschnationalen angenommen.

Ein Ausschusstrag, der das Staatsministerium ersucht, keinerlei den Bestand des preussischen öffentlichen Bildungswesens gefährdende Maßnahmen zu treffen ohne Anhörung des Landtags, wird gleichfalls angenommen.

Eine Reihe von Vorlagen wird den zuständigen Ausschüssen übergeben.

In zweiter und dritter Beratung genehmigt das Haus die Vorlage über die Bestrafung der unbesugten Gewinnung von Bernstein nach den Ausschussvorschlägen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Ohne Aussprache nimmt das Haus noch entsprechend dem Antrag des Hauptauschusses den Entschlehangsantrag der Deutschnationalen auf Erhöhung der Bezüge der Senatoren der Akademie der Künste an und vertagt sich darauf nach 6 Uhr auf Mittwoch, 12 Uhr (Kleine Vorlagen, Anträge).

Aus dem Staatsrat.

Der Preussische Staatsrat trat am Dienstagmittag unter Leitung des zweiten Vorsitzenden Grafen Frankfurt zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahre zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Freiherr v. Malchow (N.D.) eine Erklärung ab, in der er für die aus Deutschnationalen und Volksparteiern bestehende sogenannte Fraktion „Arbeitsgemeinschaft“ als stärkste Fraktion die Stelle des ersten Vorsitzenden beanspruchte. Bei der Wahl durch Stimmzettel erhielten Stimmen: Dr. Wdenauer 47, Hallensleben 22. Dr. Wdenauer war somit wiedergewählt und nahm die Wahl an. Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden wurde Graf Frankfurt wiedergewählt. Zweites stellvertretender Vorsitzender wurde dann Hallensleben von der „Arbeitsgemeinschaft“. Ohne Aussprache angenommen wurde der Gesetzentwurf über die Neuregelung des Geschäftsjahres der Preussischen Generallotteriedirection, das in Zukunft das Kalenderjahr ist, sowie die Bestimmungen betr. Neuregelung der Beamtenbezüge. Nächste Sitzung Mittwoch 5 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Im Kampf.

Von einer arbeitslosen Angestellten wird uns geschrieben: Schon seit längerer Zeit lese ich zu meinem grenzenlosen Staunen in den nach rechts geneigten Blättern, daß der Hoffnung auf ein baldiges Aufheben des tariflich festgelegten Grundgehaltes der Arbeitnehmer gleich einer Erfindung von schwerer Heimtückung Raum gegeben wird. Es wird fortan nicht der Forderung mit dem Tragen die gleiche Entlohnung erhalten, heißt es da höchst trotzig. Was dieses erlebte Aufheben der Tarifgrundgehälter und -löhne für den Arbeitnehmer aber in Wirklichkeit bedeutet, wissen die meisten von uns ganz genau und werden sich darüber auch von keinem Sand in die Augen streuen lassen; denn das so schwer erkämpfte und so heiß umstrittene Tarifgrundgehalt ist doch einfach nur ein natürlicher Schutz des Arbeitnehmers vor Ausbeutung, eine Grenze nach unten, die der Arbeitgeber nicht verletzen darf, wenn er sich nicht strafbar machen will, wogegen es ihm natürlich von oben unten bleibt, soviel an Lohn oder Gehalt oben draufzusetzen, wie er will, um seinen fleißigen, strebsamen Angestellten vor dem minder eifrigen auszuzeichnen.

Jeder Arbeitnehmer, er mag stehen auf welcher Stufe er will, muß selber sein Interesse vertreten, er muß und soll daher auf alle Fälle an der tarifmäßigen Entlohnung festhalten, notfalls dafür kämpfen und sich vor unüberlegten Zugeständnissen hüten, deren Tragweite er im Augenblick nicht übersehen kann, die ihm aber teuer zu stehen kommen, ja, seine ganze Existenz in Frage stellen können. — Nicht den Sperling aus der Hand lassen, weil auf dem Dach eine Taube sitzt! Denn ernstlich, die Aufhebung der Tarifgrundlöhne würde sofort eine qualende Lohndrückerei der Arbeitgeber auslösen. Eins bedingt das andere. Es gibt eben überall unkollegial genonnene Arbeitnehmer, die, um angestellt zu werden, mit „weniger“ und „mit noch viel weniger“ als der Tarif bestimmt auszuftommen prahlen, und es gibt auch überall tüchtige Geschäftsleute, die hieraus ihren Nutzen zu ziehen wissen und auch ziehen.

Mit echt gepietem Wohlwollen und hochtrabenden Versprechungen von „Zulagen bei zufriedenstellenden Leistungen“, die nie wahr werden, fischen sie sich aus der Schär der Stellungsuchenden die billigsten Kräfte für ihre Zwecke heraus und freuen sich im stillen über die Dummen, die nicht alle werden. Dem Arbeitnehmer aber, der von der Not ums tägliche Brot getrieben aus eine entsprechende Entlohnung sehen muß, wenden sie achselzuckend den Rücken, wissend, daß sie ihn ja doch in der Hand haben und daß er früher oder später doch wiederkommt, um sich den Hungerlöhnen gefallen zu lassen.

Kann man das vielleicht „Entlohnung nach Leistungen“ nennen? Oder heißt das nicht vielmehr der Arbeitnehmer zur Maschine stampfen und ihn seines ganzen Menschentums entkleiden? Kann man mit Lust und Liebe arbeiten und Freude am Gelingen haben, wenn die Entlohnung dafür ein Spott aus die Zeitverhältnisse ist?

Der Arbeitnehmer, wo sein Fleiß auch immer sein mag, soll sich nicht seine so schwer erkämpften sozialen Erleichterungen, wie Achtung und Tarifgrundgehalt leichtfertig wieder aus den Händen nehmen lassen, er soll keinem noch so schön klingenden Versprechen, sondern nur sich selber trauen, denn es gibt einfach keinen Arbeitgeber, der selbstlos das Interesse seines Angestellten wahrnimmt. Es steht viel, wenn nicht alles für uns auf dem Spiel. Die Arbeitslosigkeit der letzten Monate und die unzulängliche Erwerbslosenfürsorge bei der obwaltenden Teuerung haben die Menschen müde und müde gemacht, so daß gewisse und gewissenlose Schreier, denen es nicht darauf ankommt, gegen ihre Ueberzeugung aus Mitleidigkeit Lügen u verbreiten, zu Worte kommen konnten. Bieten Sie alles auf, verehrte Redaktion, in Ihren Blättern den Kampf gegen diese Lügner zu führen, bevor das Unheil seinen Lauf nimmt. Rügen Partei und Gewerkschaften auf ihrem Posten sein, die Lügen wachzurufen und die Unbesonnenen zu warnen.

Der Kampf in Rheinland-Westfalen.

Bochum, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Rüstwerke in Hoeselt haben ihre noch arbeitende Belegschaft von rund 5500 Mann ausgesperrt. Die Erbitterung ist ungemein groß. Bravolatore und Spittel machen sich bemerkbar. In Flugblättern und Plakaten heißt es u. a.: „Schlagt die Kapitalisten nieder, verprügelt die Werksdirektoren, lacht sie in ihren Willen auf! Hört euch die Schreie und Wüste aus den Speisekammern! Schlagen die Polizeibeamten, schlägt zweimal wieder! Seid zu allem bereit, handelt!“ Unterzeichnet sind die Flugblätter: „Die Exekutiv der roten Gefellen.“ Selbst die Kommunisten und Sozialisten rufen von diesem Nachwort ab. Der Metallarbeiterverband warnt vor Unbesonnenheiten und ruft die Streikenden und Ausgesperrten auf, den Spitzeln und Bravolatoren nicht zu folgen.

Im Bergbau haben sich die Arbeitsverhältnisse in den letzten zwei Tagen weiterhin verschlechtert. Die Zahl der Feierschichten nimmt zu. Es gibt im ganzen Industriegebiet fast keine Zeche mehr, die durchgehend arbeitet. Die Werksbesitzer begründen das Einlegen von Feierschichten mit dem geradezu katastrophal wirkenden Wagenmangel. Nachdem die Rhein-Saale-Werke ihre Schicht zu Feierschichten veranlaßt haben, ist jetzt auch der Mannesmann-Konzern dazu übergegangen, weitere Feierschichten einzulegen. Sämtliche Schächte der Zeche Confolation liegen wegen Wagenmangels still. Eine weitere Verschärfung der Verteilung dürfte durch das Scheitern der Verhandlungen, die zwischen der Regie und der englischen Behörde stattgefunden haben, eintreten.

Eine Vertreterkonferenz des Metallarbeiterverbandes für die nordwestliche Gruppe des besetzten Gebietes beschloß, daß die Dortmunder Beschlüsse weiter maßgebend sein sollen. Diese Beschlüsse besagen, daß die Mitglieder der freien Gewerkschaften, in erster Linie des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die längere Arbeitszeit dort, wo sie angeboten wird, nach wie vor abzuwehren haben.

Nach den ergebnislosen Verhandlungen in der Metallindustrie des Bergischen Landes ist in Barmen, Elberfeld und Wuppertal der Streik ausgedehnt. An dem Ausstand sind rund 15000 Metallarbeiter beteiligt.

Die kaufmännischen Grubenbeamten des Ruhrbergbaus haben bekanntlich im Gegensatz zu den technischen Angestellten einen vom Reichs- und Staatskommissar in der strittigen Gehaltsfrage gestellten Schiedspruch abgelehnt und das Reichsarbeitsministerium angerufen. In der nunmehr zu Offen stattgefundenen Einigungsverhandlung unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Tiburtius aus dem Reichsarbeitsministerium kam es zu einer Regelung, die um etwa 20 M. höhere Gehaltsätze vorsieht, als der Schiedspruch festgelegt hatte. Die Zuschläge wie Hausstandsgeld ufm, bleiben unverändert bestehen. Ueber die Arbeitszeitregelung wurde folgendes Abkommen getroffen: 1. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 48 Stunden mit der Maßgabe, daß der Sonntag nachmittags grundsätzlich frei bleibt, jedoch in besonderen Fällen eine anderweitige Regelung zulässig sein soll. 2. Ist Mehrarbeit über 48 Stunden erforderlich, so soll sie 6 Stunden in der Woche nicht übersteigen. Eine besondere Bezahlung dieser Mehrarbeit findet nicht statt. Betreffend der Teilszahlungen kam es zu folgender Einigung: Auf Wunsch wird das Monatsgehalt im Februar des Jahres in drei Raten, sonst soll die Zahlung halbmönatlich erfolgen.

Blutige Zusammenstöße in Köln.

Köln a. Rh., 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik im rheinischen Braunkohlenbergbau dauert unverändert an. Mit Ausnahme einer Grube ruht überall die Arbeit. Die Verhandlungen, die auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums in Köln stattgefunden, sind bisher infolge des feindschaftlichen Verhaltens der Grubenherren ergebnislos verlaufen. Von kommunistischer Seite wird die Streikbewegung wieder einmal zu Putzschritten benutzt. In anonymen Flugblättern wird offen zu

Rettet die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse

Spenden nehmen entgegen: Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt, Berlin SW 68, Lindenstr. 3 (Bankkonto: Fr. Daniels, Juchacz, Disconto-Gesellschaft-Depositenkasse, Berlin SW 68, Lindenstr. 3). — Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. (Postfachkonto: Rich. Lohmann, Berlin SW 68, Nr. 155 468; Postfachamt Berlin NW 7.)

Sendet Spenden für die Kinderhilfe der deutschen Arbeiterschaft

Plünderungen und zum Widerstand gegen die Polizei aufgefordert. In einzelnen Betrieben wurde durch ein Zirkular die Arbeiterschaft von den Kommunisten zu Streikdemonstrationen aufgerufen. Die Kölner Arbeiterschaft hat dieser Aufforderung jedoch keine Folge geleistet. Nur an einigen Stellen der Stadt kam es im Laufe des Dienstagnachmittags zu Zusammenstößen kleinerer Gruppen von Kommunisten, wobei Kommunisten zum ersten Male von den Schutztruppen Gebrauch machten. Zwei Polizeibeamte wurden schwer verletzt. Die Polizei nahm eine Anzahl Verhaftungen vor.

Der Kampf der mitteldeutschen Metallarbeiter.

Die Magdeburger Metallarbeiterkassette hat gestern vormittags in der Urabstimmung die am Sonnabend getroffenen Vereinbarungen über Arbeitszeit und Löhne mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. Auch in Halle wurden die Vereinbarungen abgelehnt. Der Schlichtungsausschuß ist für heute Mittwoh berufen worden. Die Vereinbarungen sahen in der Hauptache Spitzenlöhne für gelernte Arbeiter von 44, für angeleitete von 39 und für Ungeleitete von 34 Pf. die Stunde vor. Die Arbeitszeit sollte grundsätzlich 48 Stunden die Woche betragen, aber auf 54 Stunden ausgedehnt werden können.

Streik in der Hutindustrie.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Hutindustrie befinden sich seit einer Woche im Streik. Am Dienstagnachmittag hielt sie eine stark besuchte Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Ueber den Stand der Bewegung wurde folgendes mitgeteilt: Die Arbeitnehmer forderten eine geringe Lohnaufbesserung. Die Unternehmerorganisation lehnte nicht nur diese bescheidene Forderung ab, sondern sie verlangte, daß statt der bisherigen 48stündigen wöchentlichen Arbeitszeit die 54stündige Arbeitszeit eingeführt werden soll. Hierdurch wären die Arbeiter zum Abwehrkampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit gezwungen. Sie nahmen den Kampf auf und sind entschlossen, ihn mit aller Kraft durchzuführen.

Die Situation wird als günstig für die Arbeiter angesehen, denn die Unternehmer können die Betriebe nicht längere Zeit stilllegen lassen, wenn sie sich das Eisengeschäft nicht verderben wollen. Die Unternehmer versuchen, die Arbeiter und Arbeiterinnen durch falsche Angaben über die Situation zum Streikbruch zu bewegen, was aber keinen nennenswerten Erfolg hat. Andererseits macht der Arbeitgeberverband keine Mitglieder durch Rundschreiben zum Kampf gegen die Arbeitnehmer stark.

Nachdem der Streik in Berlin ausgedehnt war, sind auch die Arbeiter der Hutindustrie in Dresden und Breslau in den Streik getreten. Infolgedessen kann der Berliner Streik nicht durch örtliche Verhandlungen beigelegt werden, sondern es müssen zentrale Verhandlungen der Spitzenorganisationen stattfinden. Wann das geschehen wird, ist noch nicht abzusehen.

Die Versammlung brachte den einmütigen Willen zum Ausdruck, den Angriff auf den Achtstundentag mit aller Kraft abzuwehren.

Schiedspruch gegen Schiedsgericht.

Im Bergwerke konnte lange keine Einigkeit erzielt werden über die Dezembergehälter, bis schließlich der Reichsarbeitsminister einen neuen Schiedspruch für verbindlich erklärte. Inzwischen war u. a. auch beim Schlichtungsausschuß Hannover ein Verfahren anhängig gemacht, das nun trotz dem jetzt verbindlichen Schiedspruch durch einen besonderen Spruch beendet wurde, der für die Angestellten um etwa 10 Prozent höhere Gehälter vorsieht als der Reichsschiedspruch. Der Schlichtungsausschuß begründete seinen Spruch mit der Auffassung, daß zwar der vom Reichsarbeitsminister gefällte Spruch für die Vertragsparteien als verbindlich erklärt worden sei, nicht aber darüber hinaus auch als allgemein verbindlich. Trotz dieser gesetzlich einwandfreien Grundlage steht ein solcher Fall in der Tarifpraxis einzig da.

Differenzen bei den Töpfern.

In einer Mitgliederversammlung der Fachgruppe der Töpfer im Bauergewerkschaftsbund berichtete Kemnitz über die letzten Lohnverhandlungen.

Schon vor vier Wochen erklärten die Unternehmer, daß nunmehr die Löhne abgebaut werden müßten, da die Währungsstabilität sei. Dieser Standpunkt wurde von der Verhandlungskommission nicht anerkannt, mit der Motivierung, daß die Töpfer unumgänglich schon jetzt, wo die Lebenshaltung keineswegs den Friedensstand erreicht habe, in eine Lohnkürzung einwilligen könnten. Es gelang, zum 12. Januar den Lohn von 75 Pf. beizubehalten. Allerdings fiel die Bezahlung für die Wochenendstunden fort. In weiteren Verhandlungen bestanden die Arbeitgeber, gemäß den Anweisungen ihrer Spitzenorganisationen, darauf, den Stundenlohn auf 68 Pf. zu reduzieren. Nachdem der Schlichtungsausschuß eingegriffen war, erklärten die Unternehmer, unter keinen Umständen mehr als 68 Pf. zu zahlen. Die Arbeitgeber, die sonst bei Differenzen stets ängstlich darauf bedacht waren, daß die geschlichen Schlichtungsinstitutionen nicht übergegangen wurden, kommen also jetzt mit einem Diktat, für das sie das Muster bei ihren großen Brüdern gefunden haben. Der Spruch des Schiedsgerichts bleibt abzuwarten.

Glasler.

Ueber das erste Geschäftsjahr der Fachgruppe der Glasler nach der Verschmelzung mit dem Deutschen Bauergewerksbund, Ortsverein Berlin, wurde in einer Montagabend abgehaltenen Generalversammlung berichtet. Die Haupttätigkeit der Fachgruppenleitung erstreckte sich auf den Abschluß von Lohnverträgen, die zuerst anstatt monatlich halbwöchentlich vereinbart werden mußten. Der erste Stundenlohn von 63 Pf. konnte bis zur Stunde gehalten werden. Im Berichtsjahr stieg die Zahl der Arbeitslosen von 51 im Januar auf 379 Ende Dezember. Der paritätische Arbeitsnachweis wurde dem städtischen Arbeitsnachweis angegliedert. Das Organisationsleben spielte sich in vielen Verhandlungen, Konferenzen und Versammlungen ab. Wenn auch nicht alle, manchmal sehr hoch gestellten, Erwartungen jedes einzelnen erfüllt wurden, konnte der Berichtsteller doch feststellen, daß unter den schwierigsten wirtschaftlichen Verhältnissen das Bestmögliche getan wurde. Alle Diskussionsredner mahnten zum Zusammenschluß, wolle man im nächsten Jahre das wieder weitmachen, was die Unternehmer bisher gewonnen haben. Die Fachgruppenleitung und die Tarifkommission wurden wiedergewählt, bis auf Anorr. Dollin, Binzer und Schiller, die neu eintraten. Der Bericht von den letzten Lohnverhandlungen zeigte das jetzt in allen Berufen übliche Bild. Lohnkürzungen und Arbeitsverlängerungen fordern die Unternehmer. Die Glasler wehren sich dagegen.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung ging Vorkürst auf die Pflicht der Arbeitgeber zur Durchführung aus. Er lehnte grundsätzlich die Pflicht der Arbeitgeber ebenso wie die Kostenträger ab. Die Diskussionsredner stimmten dem zu.

Welche Aufgaben hat der Betriebsrat?

Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die organisierte Streikabotage der Unternehmer, Betriebsstilllegungen und Arbeitslosigkeit bedrohen und wie nie zuvor. Da ist es oberste Pflicht der Betriebsräte, in den Betrieben dafür zu sorgen, daß keine Umgehung der arbeitsrechtlichen Vorschriften zum Schaden der Kollegen erfolgt. Um sich jeweils ein begründetes Urteil über die Lage des Betriebes zu verschaffen, ist es aber eine unumgängliche Notwendigkeit, daß die Betriebsräte alle ihnen durch das W.G. zustehenden Rechte wahren, um Einblick in die Führung des Betriebes, um die für eine Beurteilung notwendigen Unterlagen zu erhalten.

Die Erfüllung dieser Aufgaben durch die Betriebsräte ist jedoch an zwei Voraussetzungen gebunden: 1. Genaue Kenntnis der dem Betriebsrat zustehenden Rechte, 2. Einblick in das Wesen und den Aufbau des kapitalistischen Betriebes. Die Schaffung dieser beiden Voraussetzungen kann nur das Ergebnis intensiver Schulungsarbeit sein. Erste Aufgabe des Betriebsrates ist also die Aneignung der für seine Amtsführung notwendigen Kenntnisse.

Dazu wird den Berliner Arbeitern und Angestellten nicht nur den Betriebsräten, durch die freigewerkschaftliche Betriebsräteschule Gelegenheit geboten. Im Zentrum, Norden, Südosten und Osten Berlins, außerdem in Spandau, Köpenick, Neukölln und Wilmersdorf-Schöneberg finden Kurse statt, die in der zweiten Februarwoche beginnen. Arbeitsgebiete sind: Arbeitsrecht, Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft sowie allgemeine Fragen der Arbeiterbewegung. Vorträge und Unterrichtsveranstaltungen sind in den Bureaus der Gewerkschaften und im Bureau der Betriebsräteschule (Engelauer 24/25, 2. Hof, I) erhältlich. Dort finden Montags- und Freitags von 4—8 Uhr Lehrberatungs-Sprechstunden statt. Ebenso finden solche im Bureau des Kfz.-Bundes, Welle-Alliance-Str. 7/10, Montags und Freitags von 5—7 Uhr, statt.

Aus der Filngewerkschaft.

Die Generalversammlung des Zentralverbandes der Film- und Kinoangehörigen am Sonntag nahm den Geschäfts- und Kasienbericht des Beauftragten, Genossen Schwab, entgegen.

Im Berichtsquartal bestand die Hauptarbeit der Verbandsfunktionäre im Abschluß von Lohnabkommen, um den Mitgliedern wenigstens einigermaßen erträgliche Einkommensverhältnisse zu schaffen. Als mit der Einführung der Rentenart GoDöhne notwendig wurden, sperrten sich die Unternehmer lange Zeit dagegen. Dem Vorgehen aller Arbeitgeberverbände folgend, ging man auch in der Filmindustrie mit Betriebsseinschränkungen vor, um so den für ihre Absichten geeigneten Boden zu schaffen. Ganz wie überall, sagte man auch hier, daß die Arbeitnehmer verringerte Löhne durch längere Arbeitszeit ausgleichen könnten. Leider haben die Verbandsangehörigen diesen Vorfahrungen der Arbeitgeber nicht den notwendigen Widerstand entgegengesetzt. — Der Kasienbericht bot das durch die Gildenwertung gewohnte Bild. Trotzdem konnte am Ende des Quartals ein erfreulicher Kasienbestand festgestellt werden. Dem Kassierer wurde die beantragte Entlohnung erteilt.

Bei der Erledigung des letzten Tagesordnungspunktes ging Schwab auf die letzten Lohnverhandlungen ein, die ein getreues Spiegelbild des allgemeinen Vorgehens der Arbeitgeberverbände bieten. Am 8. d. M. luden die Unternehmer zu einer Besprechung ein, in der sie folgende Forderungen des Larus beantragten: Der Spitzenlohn von 55 Pf. wird um 20 Proz. abgebaut. Die Differenz zwischen Männer- und Frauenlöhnen wird von 20 auf 25 Proz. vergrößert. Daneben soll die Arbeitszeit ohne Zustimmung der Betriebsvertretungen von 8 auf 10 Stunden verlängert werden. Eine Urabstimmung unter den Mitgliedern ergab die fast einstimmige Ablehnung dieses Annehmens. Nachmalige Verhandlungen lehnten die Arbeitgeber ab; sie gingen vielmehr dazu über, in den Betrieben diese Bedingungen einfach zu diktieren. Die Regelung des Streites ist dem Schlichter übergeben, der bei der Weigerung der Unternehmer, Beisitzer zu ernennen, ein unparteiisches Schiedsgericht einberufen hat. Inzwischen ist ein neues Diktat erfolgt, das aber nicht beachtet werden darf.

In der Diskussion wurde von einigen Rednern alle Schuld am wirtschaftlichen Niedergang den Gewerkschaften und ihren Führern zugeschoben. Berger lehnte dem realpolitischen Ermahnungen zugunsten der Verbände der Generalversammlung die Zusammenhänge wirtschaftlicher und politischer Art auseinander und bat, zunächst sich selber rein zu halten, ehe man anderen Vorwürfe macht.

Die Neuwahl des Ortsvorstandes ergab die Wiederwahl des bisherigen und die Hinzuwahl von Schneiderhof.

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, Sektion Buchdruck- und Buchbindergewerbe: Mitgliederversammlung am Donnerstag 29. Uhr im Ortsbureau, Kofler Saal, Welle-Alliance-Str. 7-10.

Seitler-, Kappeler- und Vert. stullerverband, Donnerstagabend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Generalversammlung, Eintritt nur gegen Legitimation.

Verband der Gemeindeg- und Glasarbeiter, Filiale Groß-Berlin, 5. Verwaltungsbezirk, Donnerstagabend 6 Uhr im Reizungszimmer der Ebert-Schule, Ebertstr. 18, Versammlung des 5. Verwaltungsbezirks, Mitgliedsbuch legitimieren. — Die Bezirksleitung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Catermann; Gewerkschaftsbewegung: F. Schöler; Familien: R. G. Wöhrer; Landes- und Sonntags: Fritz Kautzsch; Angelegen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Bernhardt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, hierzu 1 Beilage.

Die beste Sparsamkeit

bleibt verständige Körperpflege, denn Krankheit kostet den Lohn vieler fleißiger Tage. Sehr wichtig ist die richtige Behandlung der Zähne. Man benutzt hierzu am besten die preiswerte

ZAHNPASTA NIVODONT

Das Vorbeugungsmittel gegen Erkältungen und Ansteckung und das Mittel gegen Mundgeruch sind die wohlgeschmeckenden

CALCIFORM-TABLETTEN

Das Behandlungsmittel gegen rauhe, rissige Haut, rote Hände und Frost ist die Frost- und Wundsaibe

CAMPOLINT

(ca. 32% Cerussa, ca. 5% Camph. synth., ca. 63% Vaz. Slav.)

Man achte auf die Namen u. auf die Schutzmarke „Rabe“.

Gegen rauhe aufgesprungene Haut

CREME MOUSON

vollkommenstes Hauptpflegemittel

Crema Mouson Seife * Crema Mouson Rasierseife

Wie ist es heute im Asyl für Obdachlose?

Das große rote Haus in der Fröbelstraße ist heute mehr denn je die einzige Zufluchtsstätte für alle jene, die keine "Heiße" haben, seit vor bald zwei Jahren das Asyl in der Wiesenstraße geschlossen wurde. Im Jahre 1886 mit vier Flügeln und besonderen Schlafbaracken erbaut, ist es heute längst zu klein geworden, um den gewaltigen Zustrom aufnehmen zu können, der in der letzten Zeit eine Durchschnittsziffer von über 5000 aufweist, während normalerweise Platz für 3500 vorhanden wäre. Dauerbewohner besitzt das Asyl in geringerer Zahl. Da sind vor allem in zwei Flügeln obdachlose Familien untergebracht; Männer und Frauen sind dabei getrennt. Die Kinder werden in einer Spielschule beschäftigt und, so gut es geht, beschäftigt. Gelder fehlt es auch hier an den nötigen Mitteln, und "Kartoffelsuppe" ist die Parole. Aber man hält sie von der Straße fern und gibt ihnen wenigstens eine Illusion eines Heimes, das sie sonst nie kennen lernen würden.

Die Schwangerenstation.

In mehreren Sälen stehen die Betten, in denen die unehelichen Mütter ihrer schweren Stunde entgegensehen. Erst vom siebenten Monat der Schwangerschaft ab finden sie Aufnahme, und auch dann muß erfordern die finanzielle Notlage, daß sie mit etwas Hausarbeit ihr Brot verdienen helfen. Ein trüber Anblick, die vielen, meist sehr jungen Mädchen und Frauen, wie sie unbedolten und schweren Schritten über die Gänge und Treppen schreiten. Die meisten aus dem Stande der Hausangestellten. Es ist fast immer dieselbe Geschichte: Aus der Provinz in die große fremde Stadt gekommen, wo sie nur zu bald den "Freund" finden, dann das übliche Ende in Not und Ungewißheit über die weitere Zukunft. Wer über ihre Kinder freuen sich alle, und von Zeit zu Zeit geht ein allgemeines Bewundern, Grüßen und Ratsschläge erteilen für jeden neuen kleinen Entkömmling. Ein Operationszimmer mit allen erforderlichen Apparaten modernster Konstruktion und geschulte Kräfte machen hier die Entbindungen im allgemeinen leichter, als sie diese Frauen aus den Arbeiterkreisen und dem Mittelstande im Privatleben sich erlauben können.

Opfer der Straße.

Die Abteilung für geschlechtsranke Frauen befindet sich in den beiden anderen Flügeln, die stets verlockend sind. Hier finden sich alle die Mädchen, die eine strenge Sittenpolizei ausgegriffen und ihrer zwangswelken Heilung zugeführt hat. Ein Stab von einem Professor und sieben Ärzten hat hier vollauf zu tun, und bei dem Charakter der Patienten kommt es oft zu recht chirurgischen Eingriffen. Besonders bemüht um ihr Wohl sind die Freunde der Mädchen und der andere Anhang. Stundenlang stehen sie draußen auf der Straße und sehen als moderne Logopäden nach den Fortschritten ihrer Herzensdamen. Es war vergeblich, die Fenster geschlossen zu halten; mit heiß gemachten Stricknadeln öffneten die Anstalten die Fensterriegel, und wenn das nicht half, schlugen sie mit Stuhlbeinen die ganzen Fensterfüllungen heraus. Man wählte also das kleinere Übel und ließ die Fenster offen. So geht dann ein munterer Verkehr mit Blicken, Worten usw., und wenn die Kräfte gerade mal nicht nachsehen, werden mit Bindfaden Befehle, Würste und andere angenehme Dinge befördert. Besonders herzlich sind naturgemäß die Abschieds- und Wiederkehrbesuchen. Ganze Blumensträuße und Baumzweige bringen sie dann angestrichelt, und jeder frägt was ab — erzählt ein Wärter, der es ja wissen muß.

Die Schlafbaracken.

Hier spielt sich dieses ganze tragisch-komische Nachleben ab, das allabendlich von 4 bis 11 Uhr seine pastlichen Worten öffnet. In langgestreckten Hallen mit Oberfenstern sind die Schlafräume. 40 Säle mit je 80 Betten sind vorhanden, aber 100 Mann müssen in jedem Saale unterkommen! In dem einen schlafen sie auf dem bloßen Steinboden, aber jeder mit einer Decke, und die Heizung ist angefeuert. In dem anderen hat jeder eine eiserne Bettstelle ohne jede Decke und Unterlage. Ein aufspritzbarer Kasten am Kopfende dient als Tresor. Aber sind die Leute schlafen sie von unten auf. — Eine abstoßend stickige Luft hängt ständig in den Räumen, obgleich täglich tüchtig gelüftet und

geföhbert wird. Die Ausdünstung aller dieser schmutzigen und elenden Menschen ist stärker als alle Wohlgerüche Indiens.

Das Lausoleum

Ist ohne Zweifel mit der wichtigste Teil im ganzen Hause. Hier herrscht unaufhörlicher "Großkampf" gegen die unerwünschten Mitbewohner, die besonders die Obdachlosen in grausamster Weise quälen: es kommen Leute, denen buchstäblich die Haare in die Haut gefressen haben, Frauen, deren Haar ein einziger wimmelder Filz ist. Und frei von Ungeziefer ist kein einziger der Besucher. Da sitzen sie im Empirorumme, ertrinken sich, und während die schmutzigen Kleiderbündel in den Desinfektorkübeln wandern, werden sie mit heißem Wasser abgeleitet. Dann wandern sie rüber in den Trockenraum, wo sie ihre Sachen wieder in Empfang nehmen. Ein Mittel gegen Krätze — Petroleum — steht jedem zur Verfügung. Für die Wärter ist dieses Geschäft ärztlicher Nächstenliebe nicht ganz ungefährlich, sie alle müssen sich hinterher selber gründlich reinigen. — Erst kürzlich mußte man das Lausoleum vom Fußboden losreißen, weil es von Ungeziefer mimmelte! Das Asyl übernimmt auch die Desinfektion ganzer Wohnungen und ist der beste Helfer der Sanitätskommission bei allen ihren Maßnahmen. So werden hier zum Beispiel regelmäßig Wanderzirkusse "durchgekömmt", ebenso Zigeunerwagen und ähnliches fahrendes Volk gründlich gereinigt. Die sozialer Bemter überweisen ebenfalls ihre Schützlinge, um sie von den lästigen "Anwansmietern" zu befreien. Ihre Zahl geht in die Hunderte und Tausende, wie der brave Kesselführer lachte, "es ist immer herkommt voll", und dabei zeigte er durch das kleine Schiebefenster ein Gewimmel nackter Menschen — Dantes Hölle ist ein Kinderspielgarten daneben.

Die Besucher

Kommen aus allen Schichten der Bevölkerung. Wenn früher noch der "Kunde", der alle "Benner" von der Sandstraße der Stammort war, so hat sich das heute völlig geändert. Der jugendliche Typ herrscht vor, von 16 bis 35 Jahren ist das Durchschnittsalter der meisten männlichen Besucher. Viele Desaffizierte, unter ihnen Rechtsanwält, Gutsherr, ein D. Offiziere usw. werden bei den Razzien der Polizei öfter festgesetzt. So ist z. B. ein früherer aktiver Hauptmann, der lebt auf einem Röhrenschiff arbeitet, Ränder Besucher. Als man ihm die Mäßigkeit bot, sich wieder emporarbeiten, lehnte er dankend ab mit der Begründung, es sei ihm so ganz gut. Hier spielt der Alkohol wohl eine große Rolle. Ohne Zweifel, viel Verlorene brauchen das Älter, aber für die große Mehrzahl ist es der letzte Schuß vor Verwundung und Tod. Und wer nur einmal die erschütternden Töne dieser vielen Menschen gesehen hat, wie sie sich herbeindrängen, ihr blickes Suppe hinuntergießen und dann auf einen Platz niederfallen, um sofort einzuschlafen, den läßt sich nicht das veringerte Gefühl, rober Gesens und wüsten Bärmen über die hirtbare Tracht eines Lebens, das Menschen zu einem solchen Paktin zwingt. Die Frauen sind von den Männern getrennt. Früher war nur eine dünne Bretterwand dazwischen. Ne wurde dann allmählich einmörtelt. Jetzt ist der Raum zum Paradies mit festen Mauern abgeschlossen. — Morgens um 7 Uhr wird alles verlassen, nur die Kranken dürfen bleiben, zur Untersuchung und Behandlung durch den Arzt. Alle anderen müssen raus. Die Tore des Asyls schließen sich bis um 4 Uhr nachmittags. Und die Straße hat sie wieder.

"Es wäre dringend notwendig, die Schlafhallen aufzustocken, um Platz zu schaffen", sagt der tüchtige und freundliche Inspektor zum Abschied, "aber der Minister hat kein Geld." — Nein, dafür hat er kein Geld, denn er ist arm. Aber vielleicht tut es Herr Sinnes, wenn er dieses liest.

"Das unbewohnte Haus". Zu den Ausführungen unter dieser Überschrift in Nr. 3 des "Vorwärts" teilt das Zentralamt für Wohnungswesen mit, daß der Sachverhalt richtig ist. Da aber das Däumeljahr 1923 ohne Staats- oder Gemeindezuschuß erbaut worden ist, unterliegt es nicht der Wohnraumbewirtschaftung. Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen geben dem Wohnungswirtschaftler keine Handhabe, etwas gegen den Besitzer zu unternehmen.

(Nachdruck durch Volk-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Um die beiden herum war die Umwelt. Rede und Antwort im Innersten der Umwelt. Frage und Antwort. Und eine Frage Katharinas, auf die er antworten konnte: "Vielleicht trägt man alles Erlebte in sich. Das reißt uns hin und her. Und täglich und stündlich kommt Neues hinzu, und alles ist furchtbar. Alles! Das ganze Leben, so wie es ist." Und als brähte dies Erleuchtung, hat er, sie möge mit ihm spazierengehen. Katharina erhob sich sofort. Er übertrug sie um Kopfeshöhe. Sie verschwanden in dem streng beschnittenen Laubgang von Korneliuskirchen. Er blickte hinunter auf ihren gebräunten, eigenwillig gebogenen Nacken und, da sie aufschah, auf ihren kleinen, festen Mund. Erbebend blieben sie stehen und wandten erbebend sich ab. "Ich weiß schon genug über Sie. Mein Bruder hat mir viel von Ihnen erzählt. Auch das von der Weltgeschichte! Er ist dumm. Er begreift gar nichts." Das Vertrauen ließ ihn erzählen, daß er die Tafel "Hier wird Armen gegeben" an den Gartenzorn angeschlagen habe. "Aber das sprach sich so schnell herum, daß noch in der selben Woche an einem einzigen Vormittag mehr als dreihundert Leute kamen. Jetzt weiß ich natürlich schon, daß alles gar nichts nützt. Und wenn meine Tante die Tafel nicht heruntergenommen hätte, würde ich selbst es getan haben. . . Was aber soll man denn tun?" Erst nach zwei langen Minuten und als läse sie es von ihren Schuhspten ab: "Es gibt nur eines: man muß sich opfern, muß sich selbst ganz und gar aufopfern." "Das ist, das ist kolossal, ganz kolossal, was Sie da sagen. . . Aber wie? Wie soll man sich aufopfern?" Schon eine Welle bekam die Tante, die seit Wochen und auch heute ihren lästigen, vom Arzt verschriebenen Spaziergang im öffentlichen Park gemacht hatte, keinen Atem mehr. Endlich stürzte sie zu Bewußtsein und auf die Bank zurück, auf der sie saß, und raffte ihren Hätelbeutel zusammen, schob nach in den Laubengang, packte den sie überragenden Jürgen bei der Hand und führte ihn entschlossen und wortlos weg von Katharina. In durchwachten, verzweiflungsvollen Nächten kam Jürgen zu dem Schluss, erst nachdem er für immer aus dem Hause gelaufen sei, könne er Katharina wieder vor die Augen treten. Als das Nervenfieber lebensgefährlich zu werden drohte, mußte der Hausarzt die Behandlung dem Spezialisten überlassen. Erst nach Wochen war des Kranken Gefühlsatmosphäre wieder so weit in Ordnung, daß er eines Morgens, beim Erwachen, sich allen Eindrücken weich dorbieten konnte. Die Tante schob die auf dem Nachttischchen stehenden Medizinflaschen zur Seite, schlug ihr Haushaltungsbuch auf, in das sie des toten Vaters "Lehrgewillige Verfügungen über Jürgen" geschrieben hatte, und begann das viele Seiten lange Erziehungsprogramm abzulesen. Die Worte tropften glühend in den Ausgelieferten hinein. " . . . Und deshalb nehme ich mir das heilige Versprechen ab, den letzten Spruch der alleingelassenen Patriarchenfamilie Kolbenreiter, deren Geschichte bis in den Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts zurückverfolgt werden kann, nach dem Willen seines unvergessenen Vaters zu erziehen und ihn Beamter werden zu lassen, da er die Fähigkeit zu etwas Größeren nach meines seligen Bruders Meinung nicht hat. . . So ist's Jürgen, siehst du. Nun werde mir bald wieder gesund. . . Wenn du auch nicht so bist, wie du sein könntest, ich habe dich doch lieb." Sie sah ihn freundlich an, streichelte seine nassen Haare und rief erschrocken: "Du hast ja wieder Fieber." Wangen und Augen glühten. Die rechte Gesichtshälfte lachte. Die Kräfte wurden geholt, Eisbeutel aufgelegt. Der Rückfall war kurz und heftig. Jürgen verließ das Bett als verlockender Jüngling, dessen früherer Wille, sich durch die Birrenzeit der Jugend durchzuschlagen, unterbunden war. Die Tante äußerte oft ihre Zufriedenheit. Denn nur, wenn sie ihn fragte, antwortete er, ganz nach Wunsch, "Ja" oder "Nein". Niemals "Rein", wenn ein "Ja" erwartet wurde. Seine grenzenlose Nachgiebigkeit lieferte ihn allen, selbst viel jüngeren Schülern aus Körperlich wuchs er gleichsam über sich selbst hinaus, wurde lang und sehr stark. Das Lernen für das bevorstehende Examen verforderte er von Tag zu Tag, fuhr Schiffschuh, frundenlang schaufwärts. Die eisbrechenden Fischer schimpften ihm wütend nach, da hier das Schlittschuhlaufen äußerst lebensgefährlich war, der vielen großen, quadratischen Wasserlöcher wegen. In dem Gefühle, durch eine körperliche Kraftleistung

Lumpen.

Das ganze wirtschaftliche Leben zeigt seit dem 20. November vorigen Jahres ein vollständig verändertes Bild. Vorher an jedem Tag zweimal beinahe Veränderung der Preise nach oben, wenig Ware und viel Kauflustige, heute Veränderung der Preise nach unten, viel Ware und wenig Käufer. Dieser erfreuliche Umschwung hat aber auch einen vollständigen Umschwung, Rückschlag, ja fast Stillstand in den Geschäften jener Kleinändler gebracht, die mit ihren Wagen von Haus zu Haus zogen und von Hof zu Hof riefen: Kaufe Lumpen, Knochen, Papier, Hofenselle, altes Eisen! Die Zahl dieser Händler und Handwagen vermehrte sich von Tag zu Tag, und ihre Wagen waren immer gefüllt. Die Bodenkammern wurden von Verkaufslustigen ausgeräumt, man berauschte sich an den phantastisch hohen Millionen- und Milliardenzahlen, und die meisten dachten nicht daran, daß man ja immer nur relativ wenig Geld für sein Altpapier, für Lumpen, leere Flaschen und altes Eisen erhielt. Auf der anderen Seite aber war die Not vieler Familien so groß, daß man froh war, ein wenig zur Wirtschaftsbefreiung zu erhalten durch Verkauf des Bodengeräpels. Die Kleinändler hatten alle Hände voll zu tun, und die Großhändler, an die sie die Lumpen abliefern, wußten oft nicht, wohin mit dem "Segen" und woher die Kellerräume zur Bergung der Lumpen kriegen.

Heute hat sich die Situation gänzlich geändert. In Familien und Wirtschaften will man vom Verkauf der Lumpen nichts wissen, man verachtet die paar Pfennige, die man dafür erhält und findet, daß man alle diese alten und vergessenen Sachen selbst gebrauchen kann. Die Lumpen sind gewissermaßen im Wert gestiegen, was im übrigen ja auch durchaus in den Rahmen unserer Zeit paßt. Eine große Anzahl der Kleinändler und Hausierer aber sind ihrer Verdienstmöglichkeit beraubt und stellen neue Scharen zu dem großen Haufen der Arbeitslosen, wenn sie nicht der überall lauerten Verführung verfallen und lange Finger machen. Und davon sind nur die Lumpen schuld. . .

Die Dollar unter der Tischplatte.

Der Diebstahl in der Reichsdruckerei.

Für 5000 Dollar Reichsschatanweisungen wurden am 3. November vorigen Jahres in dem Neubau der Reichsdruckerei an der Ecke der Dranien- und Alte Jakobstraße gestohlen. Hier wurden große Mengen Geldscheine von den Herstellungsräumen in Paketen auf kleinen Karren nach dem Trepphof geschafft, während noch viele Arbeiter aller Art auf dem Bau beschäftigt waren. Von einem dieser Karren verschwand ein Paket, das für 5000 Dollar Schatanweisungen enthielt. Die Feststellungen ergaben, daß es unbemerkt heruntergefallen und von Bauarbeitern aufgehoben sein mußte.

Vom gleichen Tage an beobachtete die Kriminalpolizei die Leute, die in Betracht kommen konnten. Endlich gab ein junger Mann einen der gestohlenen Scheine in der Andreasstraße aus, als er ein paar Scheine kaufte. Festgenommen, erklärte er zuerst, daß er nur zwei Scheine gehabt habe, mußte aber, nachdem er sich in Widerrede verwickelt hatte, zugeben, 63 gehabt zu haben. 61 Stück habe er einem Bekannten zum Wechseln gegeben, weil er sich selbst nicht getraut habe, sie zu verausgaben. Dieser Bekannte, der auch zur Verantwortung gezogen wurde, will auch nicht den Mut gehabt haben, sie auszugeben. Er vertraute sie, wie er sagt, einem ihm dem Namen nach nicht bekannten Mann an, der ihm versprochen, sie bei Verwandten an der polnischen Grenze zu wechseln, sich aber nicht mehr sehen ließ. Die weiteren Ermittlungen führten auf die Spur eines Johann Bobrow und eines Maurers Willi Kallin in Reußhain, die ebenfalls beim Neubau beschäftigt waren. Bobrow wollte von nichts wissen und die Durchsuchung seiner Wohnung blieb erfolglos, bis den Brammen Schrauben in einer Tischplatte aufzulaufen. Sie lösten diese, die die obere mit einer unteren Platte zusammenhielten und fanden nun zwischen den beiden Platten schon ausgebreitet, 155 Scheine. Auch Kallin bestritt zunächst jede Teilnahme an dem Diebstahl. Bei ihm aber fand man 63 Scheine auf dem Laubengartenboden, wo er sie in einer guten Hülle hinter Balken und Dachsparren versteckt hatte. Beide wollten über die Geschichte erst Gras wachsen lassen und dann die Scheine aus dem Versteck heraushehlen, um sie zu vermerken. Ferner hatten zwei Elektriker von der Baustelle bei der Teilung etwas abbekommen. Auch

durch große Schnelligkeit seine feilliche Gebundenheit lösen zu können, kaufte Jürgen an den unversehrt sich auftuenden grünen Wasserlöchern vorbei, bis die Nacht ihn überraschte.

Schnurgerade führte die Landstraße stadtwärts; der Fluß dagegen zog einen mächtigen Bogen, so daß Jürgen zu Fuß schneller nach Hause gekommen wäre, als auf dem Eise.

Der geheime Todeswunsch, der ihm das imaginäre Messer in die Hand gegeben und ihn vor das Tunnelloch getrieben hatte, veranlaßte ihn auch jetzt, blind in die Gefahr hineinzutreten.

Die Fischer waren schon lange heimgegangen. Jürgen stand dunkel in der unwirklichen Helligkeit, die das Eis ausstrotzte. Zehn Schritte von ihm entfernt war die schwarze Nacht. Das Eis knackte leise. Tierische Laute stieß Jürgen aus, während er als schwarzer rechter Winkel stadtwärts lief. War er knapp an einem Wasserloch vorbeigefahren, dann klang sein wilder Schrei der Genugtuung in die Einsamkeit.

Näher der Stadt mehrten sich die Wasserlöcher, links und rechts von ihm, manchmal unerwartet dicht vor ihm.

Angespannt und stumm geworden, zog er seine Bogen um den Tod herum.

Ungebuldig hörten die Abiturienten dem Rektor zu, der die lange Entlassungsrede hielt. Endlich stieg sein Brustkorb hoch, der Reigefinger deutete zum Fenster. Sofort fühlten alle, daß jetzt die Schlussworte kamen.

Sie sollten denn hinausstreten ins ernste Leben, tüchtige, brave Männer werden. Der Reigefinger deutete noch zum Fenster hinaus. Es war vollkommen still geworden. "Beachtete Männer!" Da sanken Finger und Brustkorb. Und die Entlassenen brachen los von den Bänken.

Der Arm entfernte sich rollend, wurde immer dünner, drang noch einmal, wieder stärker geworden, von der Straße aus mit der Sonne durch das Fenster zu den leeren Bänken herein. Und vererbte schnell.

In die Stille des leeren Schulsalles klang eine Stimme, die aus dem Gitter der Dampfheizung zu kommen schien: "Ich möchte mich noch bedanken für alles, was die Herren Professoren in den Jahren meiner Schulzeit Gutes an mir getan haben." Ab, ihr niederträchtigen Schulte, ehte Leo Seidel in Gedanken hinzu und trat weg von der Dampfheizung, schob seine Schulter unter die ausgestreckte Hand des Rektors: "Wenn der Herr Rektor jetzt auch noch die große Güte haben wollten, mir den weiteren Lebensweg zu ebnet. . ."

(Fortsetzung folgt.)

Der Aertzestreit gegen die Krankenkassen.

Jetzt soll das Wohlfahrtsministerium helfen!

Ueber den Stand des Kampfes zwischen Aerzten und Kassen wird durch zwei Zeitungskorrespondenzen, die den gegen die Kassen streifenden Aerzten als Sprachrohr dienen, die Nachricht verbreitet, daß die Aertzestorganisation den Kassen die Wiederaufnahme der Tätigkeit unter den bisherigen Bestimmungen angeboten hat. Die von „ärztlicher Seite“ herrührenden Betrachtungen, die daran geknüpft werden, stellen in Aussicht, daß bei Ablehnung dieses Angebotes durch die Kassen die Aufsichtsbehörden nach dem Erlass des Reichsarbeitsministers vom 5. Januar 1924, dem das Wohlfahrtsministerium „sich voll angeschlossen“ habe, „geeignete Maßnahmen zur Durchführung der bisherigen Verträge“ treffen werden.

Der Groß-Berliner Aertzestand läßt sich nicht so früh in die Welt hineinreden lassen, daß ihm „das Ziel des Kampfes gesichert“ erscheint. Er möge in Geduld abwarten, ob das Wohlfahrtsministerium die Rechtsauffassung des Reichsarbeitsministers sich zu eigen macht — oder ob es (was wahrscheinlicher ist) nach sorgfältiger Prüfung so weit gehende Einriffe in die Selbstverwaltungsrechte der Krankenkassen für unzulässig hält. In der auf Befehl des Wohlfahrtsministers durch das Oberverwaltungsamt Berlin zu Freitag angeordneten Besprechung mit Kassenvorstellern soll diesen nicht nur die Rechtsauffassung des Wohlfahrtsministers mitgeteilt, sondern ihnen auch ein Einigungsversuch gemacht werden, was nicht darauf schließen läßt, daß die in der „Sinnenschrift“ der Aerzte angeführten Zwangsmaßnahmen beabsichtigt wären. Nachdem die Kassenaerzte selber den vertrauensvollen Zustand herbeigeführt haben, kann jetzt, wo die Aertzestorganisation die Rückkehr zu dem alten Vertrag haben möchte, dieser nicht ohne jede neue Verhandlung den Kassen aufzuerzwingen werden. Die gegen die Kassen streifenden Aerzte werden ja wohl nicht im Zweifel darüber sein, daß die Kassen sich auf das bisherige System der freien Arztwahl nicht wieder einlassen wollen, weil sie es als für die Versicherten wie für die Kassen schädlich ansehen. Die Kassen wünschen die beschränkt freie Arztwahl mit etwa 1000 Aerzten (was bei 1300 000 Versicherten durchschnittlich 1300 Versicherte pro Arzt ergäbe), und die beiden großen Kassenvorstände Berlins haben mit dem neu gegründeten Berliner Aertzestvereine bereits einen Vertrag abgeschlossen, der ihn mit der ärztlichen Versorgung der Kassenmitglieder beauftragt, in welchem die Aerzte die Aufsicht über die ambulanten Behandlungsorte, die Kassen bezahlen eine Vertragsprämie von 5 Mark pro Mitglied und Jahr, und der Gesamtbetrag wird so verteilt, daß jeder ambulante Arzt davon ein Stüm von 200 Mark pro Monat erhält (auch wenn er etwa kein einzelnes Mal im ganzen Monat in Anspruch genommen würde) und der Rest teils auf Sonderleistungen, teils auf Quartalsboni erfolst. Wie wir hören, wollen bei den Berliner Kassen, falls trotz dieser Verhandlungen, die ärztliche Versorgung der Mitglieder zu regeln, die Aufsichtsbehörde ihnen das bisherige Kassensystem aufzwingen, alle ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder sofort ihre Ämter niederlegen. Wir stellen hier nochmals fest, daß der Aertzestreit gegen die Krankenkassen nicht aus Honorarstreitigkeiten hervorgegangen ist. Den Anlaß gab die bekannte Reichsverordnung vom 30. Oktober 1923, die den Schutz der Krankenkassen bezweckte und ihren Aufkommenbruch verhüten wollte, aber dabei die Interessen der Aerzte nach deren Meinung nicht hinreichend berücksichtigte.

„Opfer des Kampfes!“

Man schreibt uns: Unter dieser Spitzmarke schildert Herr Dr. Wolff-Eisner im Abendblatt der „Bösischen Zeitung“ vom 21. Januar die Behandlung des Kassenmitgliedes Kortmann von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin während der letzten Wochen im Monat Dezember. Ohne den sichtlich pflichtgemäß aufzunehmenden Feststellungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse vorzugreifen, möchte ich zu dem hier geschilderten wirklich tragischen Ausgange des Falles nur einige Bemerkungen ertönen. Herr Dr. Wolff-Eisner erhebt in seinem Artikel schwere Vorwürfe gegen die Leitung der Krankenkassen und zieht aus dem tragischen Ende des Herrn Kortmann Schlüsse, die nicht unwidersprochen bleiben können. Um seine Unparteilichkeit zu zeigen, sät er seinem Namen die Bezeichnung „Privatdozent für innere Medizin in der Universität Berlin“ hinzu. Er unterläßt aber, die Öffentlichkeit davon zu unterrichten, daß er als Mitglied des „professorischen Gesundheitsdienstes“ und als Geschäftsführer des „Bundes der Versicherten“ zu den eifrigsten Befürwortern des Aertzestreits gehört. Seine Anklagen gegen die Krankenkassen geminnen hierdurch ein anderes Bild. Derselbe Mann, der mit dafür verantwortlich ist, daß die Kassenaerzte fruchtlos ihre Arbeit einstellten, findet den Mut, in der Öffentlichkeit die Krankenkassen für die Folgen des von den Aerzten vom Jaun gebrochenen Streiks verantwortlich zu machen. Als die Krankenkassen, durch die Not gezwungen, dazu über-

gingen, den Kernsten der Armen wenigstens an einigen Stellen die Gelegenheit zu geben, unentgeltlich einen Arzt in Anspruch zu nehmen, da wurde in einigen Bezirken seitens der Aertzestorganisation der Behandlungsstreik ausgesprochen. Alle diese Maßnahmen hat Herr Wolff-Eisner nicht nur gutgeheißen, sondern er ist auch eifrig dafür eingetreten. Derselbe Mann, der in der Öffentlichkeit die Krankenkassen für die Folgen der ärztlichen Arbeitsverweigerung haftbar machen will. Wir haben auch nicht gehört, daß Herr Wolff-Eisner oder die ärztliche Streikleitung gegen die Bedrohung von alten zuverlässigen Berufs-kollegen Stellung genommen hat. In Duzenden von Fällen haben wir Kenntnis davon, daß Aerzten, die sich mit Rücksicht auf die Widermittelbarkeit ihrer Patienten nicht danach gerichtet haben, die von der Streikleitung festgesetzten hohen Honorarfätze zu fordern, sondern sich mit den Mindestfätzen der preussischen Gebührenordnung als abgeholten betrachtet haben, folgende Drohung ins Haus geschickt wurde:

Urteil der „Hohen Feme“ (gültig bis Kampfesende). Als Verräter und Lump sind Sie zum „Gummifüsselp“ verurteilt. Vollziehung geschieht durch eingeschlossene Männer. Strafe nur zu vermeiden durch umgehendes eidliches Versprechen, an W. A. Streikbrecherarbeit sofort abzubrechen, sich strengstens an Kampfbestimmungen zu halten und nie wieder Organisation in den Rücken zu fallen, sowie diesbezügliche Notiz in „Aerzte-Corresp.“

Mit dieser Kampfesform haben die Aerzte Wege beschritten, die bei Lohnkämpfen von der Arbeiterschaft bisher immer verschmäht wurden. Dieses geschieht unter ständiger Duldung der ärztlichen Organisationsleitung und auch des Herrn Wolff-Eisner. Das Urteil hierüber können wir ruhig jedem Unparteilichen überlassen.

Dito Bonhfi, Geschäftsführer der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Noch einmal die „Versicherten“.

Auf die Einsendung einer Genosin über den Bund der Versicherten wird uns von Gewerkschaftsseite geschrieben: „Die Genosin gibt zu, daß das Bureau des Bundes der Versicherten sich bei einem Arzt (dessen politische Einstellung ihr anscheinend völlig unbekannt ist) befindet, weil sich die Versicherten zurzeit kein eigenes Bureau leisten können. Ist der Genosin nicht bekannt, daß die Vertretung der organisierten Arbeiter in allen Versicherungsangelegenheiten die Gewerkschaften sind? Ist ihr nicht bekannt, daß die Berliner Gewerkschaftskommission eine eigene Abteilung zum Schutz der Versicherten hat und daß sich die organisierten Arbeiter an diese Abteilung wenden können? Die Wahlen zu den Krankenkassen werden von den Gewerkschaften geleitet, die Kandidaten für die Aufsicht- und Vorstandsposten der Kasse werden von den Gewerkschaften bestimmt. Die Gewerkschaften werden es sich nicht gefallen lassen, daß organisierte Parteigenossen einen Bund unterstützen, dessen Aufgabe nur sein kann, Zwietracht unter den organisierten Arbeitern zu säen. Welche Ziele die Bureauleitung des Bundes der Versicherten hat, geht aus den Äußerungen des Bureauleiters, Herrn Dr. Wolff-Eisner, in der Sitzung der Vertrauensmänner der Aerzte vom 4. Januar 1924 hervor, in welcher er u. a. ausführte: „Ein Rechtsbureau ist geschaffen, welches die Ansprüche der Versicherten an die Kassen vertreten soll.“ Er betont die Notwendigkeit, in den Sprechstunden für den Bund zu werben. „Der Bund der Versicherten muß mit Hilfe der Kommunisten vorwärts gebracht werden, aber unter Führung von Aerzten.“ Der Bund der Versicherten soll also mit Hilfe der Kommunisten der Strohputz sein, welcher den Kassen die Diktatur der Aerzte aufzwingt. In diesem Zusammenhange muß darauf hingewiesen werden, daß dieselben Aerzte, welche zur Zeit des Generalkreises scharf gegen die organisierten Arbeiter Stellung nahmen und bei Wiederholung eines solchen mit einem allgemeinen Aertzestreit drohten, sich jetzt hinter die Kommunisten stellen, um mit deren Hilfe gegen die organisierten Arbeiter Stimmung zu machen. Die jetzige Organisation der Aerzte ist keine Gewerkschaft, sondern eine Junzi ärztlicher Kleingewerbetreibender, die jeden Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiete systematisch verhindert. Die Einführung der freien ärztlichen Behandlung für die Familienversicherung ist so lange unmöglich, wie die sogenannte freie Arztwahl besteht, weil die ärztlichen Kleingewerbetreibenden, selbst wenn es ihr Verstand will, es verhindern werden, daß ihnen die Privatainnahmen aus der Familienbehandlung entgehen. Wird der Zustand, wie er früher bestand, wieder eingeführt, daß die Kassenzustände unter einer großen und genauen Anzahl von Aerzten freie Arztwahl haben, so ist allen berechtigten Wünschen Rechnung getragen, die Kassen werden in der Lage sein, die freie Behandlung der Familienversicherten herbeizuführen und einen Abbau der Beiträge eintreten zu lassen.“

Wir glauben, daß hiermit alles Notwendige über den „Bund der Versicherten“ gesagt ist und schließen die Debatte über dieses Thema.

lie leugneten erst und behaupten jetzt, von anderen um ihren Anteil bestohlen worden zu sein. Sie hätten die Scheine in einer dunklen Ecke versteckt. Als sie sie nach Feierabend dort hätten abholen wollen, seien sie bereits weg gewesen. Die anderen, die noch mit geteilt haben, behaupten, sie hätten die ihnen zugefallenen Scheine verbrannt. Weil der Diebstahl gleich entdeckt worden war und die Kriminalpolizei mit ihren Ermittlungen sofort eingesetzt hatte, so hätten sie es nicht mehr gewagt, auch nur einen Schein auszugeben und gleich alle verbrannt.

Das Zuchthausparadies.

Ein 37jähriger schreibt in London einem unbekanntem Gerichtsbeamten einen Expressbrief, das Gericht verurteilt ihn zu fünf Jahren Zuchthaus. Dreimal war er bereits wegen ähnlicher Handlungen im Gefängnis. Der Angeklagte nimmt die Strafe mit Befriedigung, selbst mit Freude entgegen. Der Richter meinte in der Urteilsbegründung: der Angeklagte lebe in der eigenartigen Illusion, er könne es nirgends so gut haben, wie im Zuchthaus. In Mostau wurde vor einigen Jahren ein junger Mensch wegen versuchten Handtaschenraubes zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Auf einer der belebtesten Straßen am hellen Tage fühlte eine Dame, daß jemand an ihrer Handtasche zerrte. Als sie sich umwendet und den Uebelthäter ertastet, fragt, was er tue, erhält sie zur Antwort, er wolle von der Handtasche nichts lassen, bis sie ihn der Polizei übergeben habe. Vor Gericht erklärte er, daß er ohne Arbeit und Obdach war und daß die Tat das einzige Mögliche gewesen sei, um nicht Verbrecher zu werden und trotzdem ins Gefängnis zu kommen. Es ist auch sonst eine nicht ungewöhnliche Erscheinung, wenn in kalten Wintermonaten vorbestrafte kleine Diebe, unglückliche Menschen, willensschwache und mit geringer Anpassungsfähigkeit erblich Belastete ganz geringe Verbrechen begehen — irgendwas auf einem Hofe oder auf einem Boden ein Stück Wäsche stehlen —, um in den wärmlichen Räumen des Gefängnisses überwintern zu können. Hier arbeitet er nun mit einem Viehe, den vielleicht der freie Arbeiter in der Freiheit nicht aufbringt.

Ein herrliches Reittier! Wenn es noch eine stärkere Anklage gegen heute geben könnte, so diese: Das Gefängnis, das Zuchthaus wird für den hungrigen Odbachlosen die einzige Zuflucht, das Proletariat muß als Krüppel abetoren werden, oder zum Krüppel werden, um in saubere und relativ saftige Krüppelheime zu gelangen; der Arbeiter schwindelsüchtig werden, um unter Umständen in einer Lunnenheimanstalt einige Monate ein menschenwürdiges Dasein zu führen, Jugendliche zu Verbrechern werden, um in geordnete Verhältnisse der Fürsorgeanstalten zu gelangen, der verzweifelte Mensch sein heiliges Gleichgewicht verlieren, um in die modern eingerichteten Irrenanstalten zu landen. Diese Beispiele könnten noch beliebig vermehrt werden. Die Gesellschaft zahlt gewissermaßen einigen wenigen eine Prämie für Krankheit und Verbrechen und läßt unzählige andere in Krankheit und Verbrechen vergehen. Das ist der Wahrheit letzter Sinn des Zeitalters von Stinnes und Konforten, — national und international.

Institut „Mutabor“.

Material für den Reichstag.

Vor längerer Zeit wurde ein Apotheker Paul Heiser mit seiner Frau unter der Beschuldigung der Abtreibung in einigen Fällen verhaftet. Der Angeklagte hatte, wohl in Antichung an das Märchen vom Kalifen Storch, ein Institut, das er in der Steglitzer Straße gründete, „Mutabor“ genannt. Nach seiner Verhaftung beantragte Heiser, ihn in seine Wohnung zu führen, da er zu Hause ein großes Buch angelegt habe, aus dem er interessante Einzelheiten über seine Straftaten der Staatsanwaltschaft mitteilen wolle. Bei seiner Rückkehr ins Gefängnis ließ er sich sofort dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Pusch, und Staatsanwalt Zimmermann vorführen und machte die aufsehenerregende Mitteilung, daß er nicht allein in 3 bis 4 Fällen, sondern in über 400 Fällen bei Frauen Abtreibungen mit Erfolg vorgenommen habe. Heiser gab die genauen Namen und Adressen der betreffenden Frauen an. Der Kreis, der dadurch in die Affäre hineingezogenen Familien erstreckt sich auf sämtliche Schichten der Bevölkerung. Dem Erstaunen der Behörde über die Selbstbeziehung bezeugte Heiser mit der sonderbaren Erklärung, er wolle durch einen Monsterprozeß die Aufmerksamkeit des Reichstags auf die Schädlichkeit des Abtreibungsparagrafen lenken und ihm die Notwendigkeit der Aufhebung der veralteten Strafbestimmungen des § 218 vor Augen führen. Die Untersuchung hat infolge der Selbstbeziehung des Heiser einen riesenhafte Umfang angenommen, und es ist gegen mehr als 400 Frauen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Die Voruntersuchung steht jetzt vor dem Abschluß. Dem Antrage der Verteidiger Dr. Pindor und Dr. Ludwig Meyer, den Angeklagten wegen einer schweren Kopfverletzung aus der Haft zu entlassen, ist vom Landgerichtsrat Schiffer, der gegenwärtig die Untersuchung weiterführt, nicht stattgegeben worden.

Das Mädchen mit den schlaunen Fingern.

Zwei internationale Taschendiebe wurden gestern von der Sonderkommission der Kriminalpolizei festgenommen. Die Beamten beobachteten seit einigen Tagen ein junges Mädchen, das sich in Warenhäusern und in der Zentralmarkthalle verdingte an die Kunden heranzuwagen. Es ließ ihnen durch seine besonders schlaun und spitzigen Finger auf. Das kleine unscheinbare Mädchen stahl in der Halle einer Frau die Börse aus der Handtasche und verschwand damit blitzschnell im Gedränge. Später sahen die Beamten die Diebin in einem Warenhaus am Alexanderplatz wider. Bevor sie sie ergreifen konnten, huschte sie in den Fahrstuhl hinein und war wiederum verschwunden. An der Berolina fanden sie das Mädchen wieder. Es glaubte sich wohl nicht mehr beobachtet und zählte gerade das erbeutete Geld durch. Festgenommen, gab es sich ganz harmlos und behauptete, erst vorgestern nach Berlin gekommen zu sein, um den Bräutigam zu besuchen. Der Erkennungsdienst entlarvte es bald als eine 23 Jahre alte Schneiderin Marie Freimann aus Sosnowice, die in der Mulackstraße in einer Herberge wohnte und unter anderem von der Polizei in Warschau gesucht wird. Dort war sie bereits festgenommen worden, aber durch das Märchen von dem Bräutigamsbesuch wieder freigelassen. Bei der Verhaftung fand man u. a. ein Kollier, das aus einem von 10 Brillanten umgebenen Saphir und weiteren 33 größeren und kleineren Brillanten besteht. Ein anderer Dieb machte den Autoomnibus der Linie E unsicher. Bei einem Versuch, eine goldene Uhr zu stehlen, wurde er beobachtet und festgenommen. Der Erkennungsdienst stellte den Ertrappen als den 30 Jahre alten Simon Bandlow aus Budapest fest, der von mehreren Polizeibehörden gesucht wurde.

Anklage von Museumdiebstählen.

Eine Reihe von Museums- und Bilderdiebstählen, die zur Zeit der Verklärung erhebliches Aufsehen erregten, sind jetzt aufgeklärt. Als Täter ist ein 32 Jahre alter Bilderhändler Heinrich Poppenberg aus Münster in Westfalen, ein ehemaliger Reserveoffizier, von der Berliner Kriminalpolizei festgenommen worden. Am Frühjahr vorigen Jahres wurde aus der Akademie der Künste die Renzestudie „Fahrender Kanonier“ gestohlen. Das Bild selbst wurde wieder herbeigeschafft. Es war an eine namhafte Kunsthandlung in der Kochstraße verkauft worden. Am 6. Mai vorigen Jahres verschwanden aus dem städtischen Museum zu Potsdam ein Delbild und eine Bronzestatue. Der Besucher, der sie gestohlen haben mußte, hatte sich vor Eintritt der Verhaftung unter dem Namen Hans Minzig eingetragten. Auf Grund einer Zeitungsnote wurden Bild und Büste bei einem Kunst-

händler in der Wilhelmstraße wieder ermittelt. Der Verkäufer hatte sich mit einer in Düsseldorf ausgestellten Invasidentkarte ausgewiesen. Nach einer Reihe von weiteren Diebstählen verschwand der Dieb, dessen Name inzwischen festgestellt worden war, aus Berlin. Vor einiger Zeit kehrte er hierher zurück, spiegelte einem großen Kunstverleger vor, daß er einen reichen Kunstliebhaber an der Hand habe, der verschiedene Sachen zu erwerben wünschte. So erhielt er dreizehn Radierungen von Liebermann, Stevogl und Corinth anvertraut, um sie zu verkaufen. Er heftete aber kein Geld ab. Jetzt wurde er von der Kriminalpolizei festgenommen. Poppenberg behauptet, daß er die Radierungen an einen Mann, den er im Kaffee Bauer kennengelernt habe für einen weit geringeren Preis, als der Kunstverleger gebotet hatte, verkauft habe. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß er sie in der Pravia, vielleicht in Westfalen abgesetzt hat. Die Diebstähle, deren man ihn bereits überführen konnte, gibt der Verhaftete zu.

Der Raubüberfall auf die Großmutter.

Vor einiger Zeit berichteten wir über eine Bluttat, die der Elektrotechniker Hans Brendel an seiner greisen Großmutter, der Witwe Kitz, verübt hatte. Jetzt hat sich Brendel, der damals zu 6 Jahren Zuchthaus wegen versuchten Raubmordes verurteilt worden war, nochmals wegen verschiedener Einbruchsdiebstähle zu verantworten. Zur gleichen Zeit hatte sich der Schächter Guido Balesko, der der Hehler der von Brendel bei dem Raubüberfall seiner Großmutter gestohlenen Sachen beschuldigt wurde, dem Gericht zu stellen. Brendel hatte früh die Eltern verloren und lebte bei seiner Großmutter. Er hatte der alten Frau sehr viel Nummer und Soroe gemacht. Er kam später in ein Erziehungsheim. Nach der Lehrzeit verließ er es als Kellner, wurde aber immer wieder stellungslos. Wenn er kein Geld mehr hatte, sollte die Großmutter ausbilden, um ihm die Mittel für seinen kostspieligen Lebenswandel zu verschaffen. Wollte die alte Frau ihm kein Geld abgeben, schreckte er vor Mißhandlungen nicht zurück. Er sah der Großmutter die goldene Uhr und ihre letzten Ersparnisse. Als die alte Frau ihm schließlich nichts mehr geben wollte, schlug der Angeklagte die Greisin mit einer Eisenange nieder. Obwohl sehr lächel zugerichtet, wurde Frau Kitz wieder geheilt, so daß Brendel noch von Plid lagen konnte, nicht wegen Raubmordes angeklagt zu werden. Bald nach der Verurteilung ihres Enkels ist Frau Kitz aber verstorben. Brendel wurden 5 Einbrüche nachgewiesen. Den Angeklagten Balesko hatte er in der Münz-

straße getroffen, und der Schächter hatte ihn gefragt, ob er nicht etwas zu verkaufen habe. Brendel hatte ihn daraufhin mit in seine Wohnung genommen und ihm die bei seiner Großmutter geraubten Kleider und Wäschestücke verkauft. Das Gericht nahm nur einfache Hehlererei bei ihm an und verurteilte ihn zu vier Monaten Gefängnis, wovon zwei Monate auf die Unterhofsstrafe angerechnet wurden. Brendel erhielt zu seiner sechsährigen Zuchthausstrafe noch eine Zusatzstrafe von einem Jahr Zuchthaus.

Neue Teppichkloppordnung. Der Polizeipräsident hat für den Ortspolizeibezirk Berlin mit Zustimmung des Magistrats folgende Verordnung erlassen: Auf Höfen und Hofgärten, die an Wohngebäude grenzen, sowie auf Balkons und an offenen Fenstern, die nach Höfen und Hofgärten hinausgehen, dürfen Polstermöbel, Betten, Matratzen, Decken, Teppiche, Säulen, Treppen, und Türvorleger nur freitags von 8 bis 5 Uhr und Sonnabends von 8 bis 1 Uhr geklopft werden. In der Woche vor den großen Festen ist das Klopfen an den drei dem ersten Feiertage vorangehenden Wochentagen von 8 bis 5 Uhr gestattet. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Goldmark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

650 Alarmierungen hat die Berliner Feuerwehr bereits im Januar 1924 zu verzeichnen, also eine ungewöhnlich hohe Zahl.

„Sich selbst gerichtet.“ In Nr. 24 des „Vorwärts“ hatten wir eine aus Parteikreisen stammende Mitteilung über das Mitglied der K. D. in Eberswalde Max Schroeders veröffentlicht. Zu dieser Notiz erhalten wir unter Bezugnahme auf § 11 folgende Verurteilung: „Die Dollarschulden zum Anlaß von Wassen und Munition habe ich nicht verwaltet, kann ich auch nicht. Folglich komme ich auch keine Gelder unterschlagen haben. Von einer Revision seitens meiner Parteifreunde ist mir auch nichts bewußt. Ich erkläre die Notiz als eine böswillige Verleumdung. gen. Max Schroeder, Eberswalde, Anier-Str. 11. — Dieser Verurteilung war außerdem folgende Erklärung des Reichsverbandes beigefügt: „Zu der Notiz im „Vorwärts“ Nr. 24 (Sich selbst gerichtet) haben wir folgende Erklärung abzugeben: Unter Max Schroeder, Eberswalde, hat sich an Mitgliedern des Reichsverbandes nicht persönlich bereichert noch bereichern. Eberswalde, d. 19. Jan. 1924. Der Vorstand des Reichsverbandes, Carl Schröder, 1. Vorsitzender, Richard Simon, 1. Kassierer, Otto Schedde, 2. Vorsitzender, Erich Mauste, 1. Schriftführer.“

In eigener Sache. Einige Vorkommnisse in der letzten Zeit...

Das leidige Abpringen hat wieder einen schweren Unfall...

Ausweis Nr. 733 der Arbeiter-Samaritaner-Kolonie...

Sprech-Chor für proletarische Interessen...

Sprachkurse für Englisch und Französisch...

Dr. Gustav Hyneken hält von Ende Januar ab...

Neue Kabelverbindung mit dem Ausland.

Der Telegrafentelegraph nach Südamerika, Afrika und dem fernen...

Explosion eines Maschinens. Auf dem Bochumer Verein...

Auch ein Kampf um den Nordpol. Zu den Erklärungen...

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Abteilungsleiter!

Es wird hierdurch ersucht, auf den nächsten Freitag...

Abteilung, Obmann der Besonderen Ausschüsse...

Heute, Mittwoch, den 23. Januar:

- 1. 10. 7 1/2 Uhr bei Spiegel, Wassert. 1. wichtige Familienangelegenheit...

Morgen, Donnerstag, den 24. Januar:

- 1. 10. 4 Uhr im Besonderen Ausschüsse...

Frauenveranstaltungen am Donnerstag, den 24. Januar:

- 17. Kreis Bitterberg, 7 1/2 Uhr in der Schule...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

19. 10. 10. 11. Am Sonntag verstarb unser Genosse...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Die Gesellschaft für Organisationswesen...

Die Gesellschaft für Organisationswesen...

Die Gesellschaft für Organisationswesen...

Die Gesellschaft für Organisationswesen...

Wirtschaft

Das Aufwertungsrätsel.

Se näher der Tag kommt, an dem die dritte Steuern...

Jetzt werden Spätabendblätter, im besonderen aber die Nacht...

Es sollen also erfasst werden die Aufwertungsgewinne...

Die Einnahmen aus diesen Zukunftssteuern sind den Ländern...

Immer zwingender ergibt sich die Notwendigkeit, daß die...

Die Absichten der Regierung, soweit es sich um die Erfassung...

Neue Goldabgabenerordnung.

Durch eine preussische Verordnung vom 18. Januar...

Die öffentlichen Steuern usw. werden mit 5 Proz. Zuschlag...

Gebühren werden in Zukunft ebenfalls in Goldmark erhoben.

Die Voraussetzung dieser Verordnung und aller sonstigen...

Richtpreise in Berlin im Nahrungsmittel-Großhandel

Table with multiple columns listing various food items and their prices in Gold-Mark.

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

Abgeschlagener Sturm auf die Rentenmarkt.

Der Reichsminister des Innern, Dr. Jarres, erklärte in...

Wenn ein Reichsminister in einer Parteiverammlung derartig...

Rückgang des deutsch-russischen Handels.

Daß der bisherige Umfang der reinen Handelsbeziehungen...

Table showing trade statistics between Germany and Russia for the years 1918-1923.

Für die zwei letzten Monate des vergangenen Jahres...

Die Ziffern zeigen aber auch, wie sehr sich deutsch-russische...

Der Kampf um die Kalipreise.

Der Reichsrat hat am 4. Januar 1924 eine erhebliche Preis...

Ungeachtet der Gefahr, daß die Frühjahrsernte in Deutschland...

Anton u. Alfred Lehmann u. G. Berlin.

Das Unternehmen verwertet jetzt noch rasch vor Loresschluß...

D-Jug-Wagen für Chile. Die Rink-Hofmann-Lauchhammer...

Kurssturz der dänischen Krone. Die Veruche, die dänische...

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Abteilungsleiter! Aus Theateraufführung am 10. Februar...

Achtung, Abteilungsleiter! Wir bitten, heute, Mittwoch, die...

Heute, Mittwoch, den 23. Januar:

17. 10. 10. 11. Am Sonntag verstarb unser Genosse...

